



***Gemeinsam
in die
Zukunft
blicken.***

***Am 14.05.
Grün
wählen***

***Kommunalwahlprogramm
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremerhaven
Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2023***

Wahlprogramm für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2023 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Bremerhaven.

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bremerhaven
Bürgermeister-Smidt-Straße 137
27568 Bremerhaven

Telefon 0471/3087240

Mail: kreisverband@gruene-bremerhaven.de

Schlussredaktion: Fiona Diekmann, Hanse Schmidt

Layout: Ina Schulze

Druck: Begeisternder Wahlkampf

gruene-bremerhaven.de

[instagram.com/gruenebremerhaven](https://www.instagram.com/gruenebremerhaven)

[facebook.com/gruenebremerhaven](https://www.facebook.com/gruenebremerhaven)

twitter.de/Gruene_Bhv

Gemeinsam in die Zukunft blicken.

*Dieses Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BREMERHAVEN wurde von der Kreismitgliederversamm-
lung am 4. Dezember 2022 beschlossen.*

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL **7**

Bremerhaven – Gemeinsam in die Zukunft.....7

EINE STADT FÜR ALLE **9**

Gute Arbeit.....9

Armut in Bremerhaven 11

Menschen mit Behinderungen..... 14

Im Alter selbstbestimmt leben 15

Weltoffenes Bremerhaven 16

Gesundheit..... 19

BREMERHAVEN – EINE GRÜNE KLIMASTADT .. **23**

Klima und Umwelt 23

Stadtentwicklung..... 26

Ein neues städtebauliches Leitbild für Bremerhaven..... 27

Mobilität 30

Energie und Versorgung..... 36

SAUBER WIRTSCHAFTEN **40**

Green-Economy 40

Hafen..... 42

Tourismus 45

Finanzen..... 46

***BILDUNG* 50**

Kitas – Gemeinsam spielen und lernen..... 50
Schule 52
Junge Menschen 56
Hochschule in Bremerhaven massiv stärken 57
Sport..... 59

***BREMERHAVEN GEMEINSAM GESTALTEN* 62**

Demokratie und Gleichberechtigung 62
Sicherheit und Katastrophenschutz 66
Digitalisierung 70
Kultur 72

***Unsere Kandidat:innen* 75**

PRÄAMBEL

Bremerhaven - Gemeinsam in die Zukunft

Bremerhaven ist lebendig und aktiv. Engagierte Menschen mit Ideen sind die große Stärke unserer Stadt – gerade auch in den aktuell unsicheren Zeiten. Corona hat viele Bremerhavenerinnen und Bremerhavener gesundheitlich und in ihrem Lebensalltag schwer getroffen. Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Weltordnung auf den Kopf gestellt. Und mit dem Klimawandel stehen wir weiterhin vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten.

Darum dürfen wir jetzt nicht zögern. Wir müssen das tun, was Bremerhavenerinnen und Bremerhavener immer wieder getan haben: anpacken. Wir GRÜNEN wollen unsere Stadt sicher machen für die Zukunft – weil es um alle geht.

Zahlreichen Menschen fehlt es zurzeit am Allernötigsten. Energiekosten steigen, Lebensmittel werden immer teurer. Armut bleibt eines der drängendsten Probleme unserer Stadt. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Wir GRÜNEN möchten mit regelmäßigen Armutskonferenzen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stärker auf die Folgen von Armut lenken. Zugleich müssen wir die Verwaltung so stärken, dass sie Menschen in prekären Verhältnissen besser helfen kann. Außerdem braucht Bremerhaven mehr tarifgebundene Arbeit. Das sichert am besten gegen Armut.

Wir haben keine Wahl: Überall in unserer Stadt müssen wir Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Klimaanpassung umsetzen. Darum wollen wir alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener davon überzeugen, dass unsere Stadt bis spätestens 2038 klimaneutral werden kann. Die Landesregierung hat dafür sehr viel Geld bereitgestellt – 2,5 Milliarden Euro. Das ermöglicht Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung, die bislang undenkbar waren. Das wird viele neue Jobs schaffen.

Unsere Wirtschaft werden wir gemeinsam mit dem regionalen Gewerbe, mit Handwerk und Industrie auf kommende Veränderungen einstellen und damit erfolgreicher machen. Wir brauchen mehr Fachkräfte, passende und unkomplizierte Fördermaßnahmen und eine Energieversorgung, die unabhängig von fossilen Brennstoffen ist. Wir

GRÜNEN denken Wirtschaftspolitik und Klimaschutz zusammen und nutzen für Bremerhaven das große Potenzial, das im wirtschaftlichen Wandel steckt.

Wir müssen bereits heute den Grundstein für ein sicheres Morgen legen, und zwar mit den und für die jungen Menschen in unserer Stadt. Dies beginnt bei Beratungsangeboten für Schwangere, führt über funktionierende Kinderbetreuung und Jugendhilfe bis hin zu den Schulen. Alle wissen, dass Bremerhaven derzeit für junge Menschen wenig attraktiv ist. Wir GRÜNEN möchten hier endlich spürbare Verbesserungen erreichen.

Politik kann und muss vom Engagement der Menschen lernen. Denn sie sind Bremerhaven. Unsere Stadt wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Dafür brauchen wir neue und echte Formen der Bürgerbeteiligung. Wir setzen auf die Leistungsbereitschaft, die Kreativität und vor allem auf die Vielfalt der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener: Verschiedene Kulturen und Religionen, jede Altersgruppe, unterschiedliche Geschlechter, alle sozialen Schichten. Gemeinsam sichern wir Bremerhavens Zukunft. Gemeinsam schaffen wir einen Wandel, der alle mitnimmt.

Weil es um alle geht: Alle Stimmen für GRÜN am 14. Mai 2023!

EINE STADT FÜR ALLE

Gute Arbeit

Gute Arbeit setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Dafür setzen wir uns im Bund, im Land und in Bremerhaven ein. Bremen war das erste Bundesland, das die Kriterien guter Arbeit bei der Wirtschaftsförderung benannt hat. Tarifverträge und Mitbestimmung sind die Eckpfeiler guter Arbeit. Sie sorgen für existenzsichernde Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Dennoch gibt es immer weniger Arbeitsplätze mit Tarifbindung. Die Branchen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, sind am häufigsten betroffen. Tarifverträge sollen wieder leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können und für alle Betriebe einer Branche gelten.

Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven

Die zukünftige Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven braucht eine Richtungsentscheidung. Wir müssen dafür sorgen, dass sie alle Menschen erreicht und einbezieht. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss leichter werden, um den sozialen Zusammenhalt in Bremerhaven zu stärken.

Mit abschlussorientierter Weiterbildung wollen wir ungelernete Beschäftigte erreichen. Gleichzeitig sollen die Maßnahmen auf die Schwerpunkte von Berufsabschlüssen für arbeitslose Menschen ausgerichtet sein. Neben den politischen Richtungsentscheidungen ist zudem die Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter erforderlich. Strategische Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik müssen auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament stehen. Die Opposition soll hierfür einen Sitz im Beirat des Jobcenters erhalten. Zur arbeitsmarktpolitischen Neuausrichtung muss die Struktur der Beschäftigungsträger überprüft werden. Auf diese Weise kann dem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden.

Qualifizierung und Fachkräftesicherung

Fachkräftesicherung und Qualifizierung sind ein Schwerpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik. Der Arbeitsmarkt wird sich in Zukunft stark verändern. Digitalisierung, demografischer Wandel oder der Ausbau regenerativer Energien lassen den Bedarf an Fachkräften immer weiter steigen. Zugleich wird es immer weniger Tätigkeiten geben, die mit einfacher Qualifizierung ausgeübt werden können.

Ungelernte Arbeitskräfte arbeiten häufiger in prekären Beschäfti-

gungsverhältnissen und werden schneller arbeitslos. Teilzeitbeschäftigungen und Tätigkeiten im Niedriglohnbereich führen meist dazu, dass Arbeitnehmer:innen keine auskömmlichen Renten erarbeiten und keine Kapitalrücklagen bilden können. Die Zahl der Bezieher:innen von Grundsicherung im Alter ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Besonders betroffen sind Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Rechtzeitige berufliche Qualifizierung ist daher ein Mittel, um Altersarmut vorzubeugen.

Deshalb müssen wir alle zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente nutzen, um die Beschäftigten sowie die Betriebe durch Qualifizierung zu unterstützen. Die Landesagentur für Weiterbildung hat hier erste Schritte auf den Weg gebracht. Das 2019 eingeführte Qualifizierungschancengesetz bietet Beschäftigten gute Möglichkeiten, um Berufsabschlüsse nachzuholen.

Wir wollen zudem mit der Agentur für Weiterbildung, den Beschäftigungsträgern und den Kammern ein Konzept für eine aufsuchende Weiterbildungsberatung entwickeln. Ziel ist es, Unternehmen und Beschäftigte in den Betrieben zu beraten. Wir setzen uns dafür ein, dass Betriebe, die sich für die abschlussorientierte Qualifizierung ungelernter Beschäftigter einsetzen, verstärkt bei der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden.

Um Zugewanderten mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, wollen wir die Teilnahme an den Verfahren zur Kompetenzfeststellung steigern. Dabei soll geprüft werden, ob Beschäftigungsträgern diese durchführen können. Zudem sollten Kompetenzfeststellungen stärker handwerklich-praktische Fähigkeiten umfassen. Eine Koordinierungsstelle soll geflüchtete oder eingewanderte Menschen gezielt für Pflege- und andere Gesundheitsberufe gewinnen.

Zurzeit stehen nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung. Hier sind die Unternehmen gefordert. Eine Ausbildungsplatzabgabe ist ein Weg, diesem Mangel zu begegnen. Außerdem müssen wir für junge Menschen mit weniger guten beruflichen Perspektiven kommunale Qualifizierungsmaßnahmen wie Förderzentren erhalten und ausbauen.

Soziale Integration durch Arbeit

Auch mit besseren abschlussorientierten Qualifizierungsprogrammen werden nicht alle Menschen erreicht, die schon länger Arbeit suchen. Zum Teil fehlen geeignete Arbeitsplätze oder es gibt individuelle Vermittlungshemmnisse. Die hohe verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in Bremerhaven wird die Kommune weiterhin vor große Herausforderungen stellen.

Darum brauchen wir eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Wichtig sind hier ein schneller Zugang und die langfristige Förderung, insbesondere für Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir setzen uns deshalb für die Verstetigung von Landesprogrammen wie „Perspektive Arbeit“ ein.

Außerdem wollen wir die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes nutzen und mit Qualifizierungsmaßnahmen verbinden. Die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen nach diesem Gesetz in städtischen Einrichtungen soll mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden.

Viele Langzeitarbeitssuchende haben gesundheitliche Probleme, die ihnen die Jobsuche zusätzlich erschweren. Darum soll Gesundheitsförderung und -beratung in die Arbeit des Jobcenters Bremerhaven integriert werden.

Armut in Bremerhaven

Bremerhaven hat eine sehr hohe Armutsgefährdungsquote. Armut bedeutet nicht nur Geldmangel, sondern auch Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung. Damit kann sie ein Nährboden für Populismus sein und gefährdet letzten Endes unsere Demokratie. Wir wollen alles tun, um dies zu verhindern. Sozialpolitik muss den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und einem weiteren Auseinanderfallen unserer Stadtgesellschaft entgegenreten.

Armutskonferenzen

Armut ist eines der wichtigsten Themen in unserer Stadt. Wir wollen dafür sorgen, dass in Bremerhaven regelmäßig Armutskonferenzen durchgeführt werden. Hier sollen jeweils thematische Schwerpunkte gesetzt werden: Welche Auswirkung hat Armut auf die Gesundheit der Menschen? Welche Rolle spielt Armut bei der Stadt- und Quar-

tiersentwicklung? Wie beeinflusst Armut das Leben von Kindern und Jugendlichen? Mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteur:innen wollen wir die Armut in unserer Stadt analysieren und konkrete politische Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Die Armutskonferenzen sollen eine dauerhafte und sachkundige Auseinandersetzung mit Armutsproblemen in Bremerhaven ermöglichen und diesem Thema die öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen, die es haben sollte.

Ein Seestadtpass für Bremerhaven

Wir wollen den Bremerhavener Seestadtpass einführen. Er soll Bremerhavener:innen im Sozialleistungsbezug einen ermäßigten Zugang zu vielen Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten ermöglichen. Außerdem soll er das Fahren mit Bus und Bahn günstiger anbieten. Kinder und Jugendliche sollen mit dem Pass leicht und unkompliziert die verschiedenen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets erhalten. So werden Familien unterstützt und Bürokratie reduziert.

Schuldnerberatung stärken

Bremerhaven hat eine der höchsten Überschuldungsquoten in ganz Deutschland. Derzeit steigen die Fallzahlen. Um besonders Menschen in prekären Lebenslagen frühzeitig Auswege aus der Verschuldung zu zeigen, wollen wir die präventive Schuldnerberatung stärken und verbessern. Sie bietet Rentner:innen, Arbeitslosen oder Menschen mit sehr niedrigem Einkommen den einfachen Zugang zu Beratungsangeboten.

Wohnraum für einkommensschwache Haushalte

Bremerhaven braucht mehr Sozialwohnungen. Dennoch verringert sich zurzeit der Bestand an Sozialwohnungen. Darum hat das Bundesland Bremen Wohnraumförderprogramme beschlossen. Diese haben in Bremerhaven allerdings nicht viel bewirkt. In der Seestadt sinkt der Sozialwohnungsbestand seit Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Bremerhaven in Sozialwohnungen investiert wird, und zwar in allen Stadtteilen, sowohl durch Neubau als auch im Bestand. Denn Menschen mit wenig Geld sollen überall in Bremerhaven Wohnungen finden können.

Energiesperren verhindern

Energiekosten belasten derzeit viele Menschen in Bremerhaven. Wir wollen Energie- und Wassersperren auch mit präventiven Maßnahmen verhindern. Darum setzen wir uns für eine aktive Informationspolitik ein, zu der auch die Beratung zum Energiesparen gehört. Dazu wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Energieberatungen und den Schuldnerberatungsstellen ein Konzept auf den Weg bringen und alle Stadtteile einbeziehen. Wichtig ist uns vor allem eine mobile Energieberatung, die aktiv auf die Menschen zugeht.

Obdachlosigkeit bekämpfen

Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht. Darum müssen wir obdachlosen Menschen Wohnungen zur Verfügung stellen. Viele obdachlose Menschen haben soziale oder gesundheitliche Probleme, die ihnen den Weg zur eigenen Wohnung erschweren. Wir setzen uns für das Modellprojekt „Housing First“ ein. Housing First stellt obdachlosen Menschen in einem ersten Schritt guten Wohnraum zur Verfügung und bietet darüber hinaus sozialpädagogische Unterstützung an. Bremen hat mit diesem Ansatz gute Erfahrungen gemacht. Wir wollen das Projekt auch in Bremerhaven etablieren.

Streetwork ausbauen

In einer zunehmend komplexen Lebensrealität mit stetig wachsenden sozialen Ungleichheiten benötigen immer mehr Menschen in unserer Stadt niedrigschwellige und wohnortnahe Unterstützungsangebote. Streetwork kommt diesem wachsenden Bedarf entgegen. Streetwork ist nicht ausschließlich für Jugendliche gedacht. Bremerhaven ist in diesem Bereich drastisch unterversorgt. Ein bis drei Streetworker:innen für die ganze Stadt sind einfach zu wenig.

Wir wollen Streetwork für alle Stadtteile, im Besonderen für Stadtteile mit herausfordernden sozialen Situationen und dichter Bebauungsstruktur. Eine Angliederung und Zusammenarbeit mit den seit Jahren gut eingewachsenen Familienzentren und Freizeitheimen bieten sich hier an. Streetwork muss gerade dann vor Ort sein, wenn andere Angebote es nicht sind, etwa an Wochenenden und abends.

Menschen mit Behinderungen

Wir treten für eine inklusive Gesellschaft auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention ein, die wir auch kommunal umsetzen müssen. Menschen mit Behinderung haben das Recht darauf, in einer barrierefreien Gesellschaft selbstbestimmt und gleichberechtigt zu wohnen, zu lernen und zu arbeiten. Sie sollen die Unterstützung wählen können, die sie dafür brauchen.

Für Bremerhaven wurde zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der kommunale Teilhabeplan Eine Stadt für Alle entwickelt und beschlossen. Wir haben uns hieran intensiv beteiligt und wollen die im Teilhabeplan verankerten Maßnahmen für die einzelnen Lebensbereiche wie beispielsweise Schule, Gesundheit und Wohnen umsetzen. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Inklusionsbeirat Handlungsschwerpunkte setzen und für die Umsetzung Haushaltsmittel bereitstellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Themen „Migration“ und „Ältere Menschen mit Behinderung“ als Handlungsfelder in den kommunalen Teilhabeplan aufgenommen werden.

Wohnen inklusiv gestalten

Um die freie Wahl der Wohnform für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten, wollen wir, dass mehr Wohnviertel inklusiv gestaltet oder umgestaltet werden. Das bietet echte Alternativen zu einem Leben in Einrichtungen (z. B. Wohnheimen). Zusätzlich müssen alle Räume, in denen Menschen leben und Zeit verbringen, barrierefrei gestaltet werden. Für ältere Menschen mit Behinderung, die auf Pflege angewiesen sind, müssen adäquate Räume eingerichtet werden, die dem Leitbild Inklusion, Teilhabe und Selbstbestimmung genügen.

Den Arbeitsmarkt inklusiv gestalten

Die Erwerbstätigenquote für Menschen mit Behinderungen liegt deutlich niedriger als für Menschen ohne Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Wir wollen deshalb für eine bessere Nutzung des Budgets für Arbeit sorgen, um Menschen mit Behinderungen eine Alternative zur Arbeit in Behindertenwerkstätten zu bieten.

In diesen Werkstätten sollen Beratungsstellen zum Budget für Arbeit eingerichtet werden. Sie sollen in Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst die Beschäftigten in den Werkstätten über die Möglichkeit informieren, auch außerhalb der Werkstätten zu arbeiten. Die vorhandenen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Bremerhavener Unternehmen wollen wir sichern. Um dies zu erreichen, sollen die Integrationsfachdienste gestärkt werden.

Zudem treten wir für die Gründung neuer Inklusionsbetriebe und Inklusionsabteilungen in Bremerhaven ein, möglichst auch in der öffentlichen Verwaltung. Sie muss hier ein Vorbild sein. Inklusionsbetriebe und -abteilungen beschäftigen Menschen mit Behinderungen, deren Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt besonders gering sind. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Arbeitswelt. Generell setzen wir uns für eine Steigerung der Beschäftigungsquote beeinträchtigter Menschen in der öffentlichen Verwaltung und den städtischen Gesellschaften ein.

Noch immer werden Menschen mit Behinderungen, die in entsprechenden Werkstätten beziehungsweise Einrichtungen arbeiten, nicht gerecht bezahlt. Diese finanzielle Benachteiligung ist nicht angemessen und passt in keine inklusive Gesellschaft. Wir werden uns, gemeinsam mit den Trägern, für eine faire Vergütung einsetzen.

Im Alter selbstbestimmt leben

Unsere Gesellschaft wird zunehmend älter und stellt die Seniorenpolitik in Bremerhaven vor neue Herausforderungen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen.

Um die Seniorenpolitik in Bremerhaven neu und zukunftsorientiert aufzustellen soll ein Plan erstellt werden. Er soll, neben einer Bestandsaufnahme der Lebenssituation älterer Menschen, senienpolitische Themenbereiche und Leitlinien festlegen und gemeinsam mit unterschiedlichen Akteur:innen erörtert werden. Auf der Basis dieser Ergebnisse soll die Seniorenpolitik in Bremerhaven neu ausgerichtet werden. Zielsetzung dabei muss es sein, alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Stadtgesellschaft teilzunehmen.

Wohnen im Alter – aufsuchende Altenarbeit

Viele ältere Menschen wünschen sich, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung und Umgebung zu führen. Darum unterstützen wir Wohnprojekte, die sich alte Menschen leisten können. Gerade Mehrgenerationenprojekte bieten den Raum für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Wir wollen im Rahmen eines Modellprojektes die aufsuchende Altenarbeit in Bremerhaven erproben. Alte Menschen können so möglichst lange in ihren Wohnungen und einem vertrauten Umfeld leben. Geschulte ehrenamtliche Kräfte sollen die alten Menschen besuchen und dabei Hilfebedarfe feststellen und professionelle Hilfe einleiten. Perspektivisch wollen wir die kommunalen Programme zu einem Baustein im Landesprogramm "Lebendige Quartiere" weiterentwickeln.

Gute medizinische und pflegerische Angebote in den Stadtteilen sind äußerst wichtig. Altersgerechte Angebote müssen den Bereich Gesundheit besonders berücksichtigen und mit sozialpolitischen Ansätzen verbinden. Wir fordern im Rahmen einer altersgerechten Stadtentwicklung eine Bestandsaufnahme der gesundheitlichen Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen.

Weltoffenes Bremerhaven

Bremerhaven ist seit seiner Gründung eine Stadt der Zuwanderung und der kulturellen Vielfalt. Auch in der Zukunft wird das Leben in der Seestadt weiterhin durch Zuwanderung geprägt sein. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Integration sprechen, meinen wir, dass alle Menschen unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund gleichberechtigt an unserer Stadtgesellschaft teilhaben.

Integrationskonzept umsetzen

Bremerhaven hat in seinem Integrationskonzept viele gute Leitziele und Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Punktuell wollen wir das Integrationskonzept weiterentwickeln. Der Bereich Gesundheit sollte mit entsprechenden Handlungsempfehlungen aufgenommen werden. Um die Kommunikation zwischen dem Fachbeirat für Integration und der Kommunalpolitik zu verbessern, setzen wir uns für regelmäßige Berichte des Beirats in den relevanten Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung ein.

Wir wollen die Ideen und Maßnahmen des Integrationskonzepts konsequent umsetzen. Daran müssen sich alle Dezernate finanziell beteiligen.

Sprache als Türöffner

Um gut und schnell in der Gesellschaft anzukommen, ist Sprachförderung wichtig. Zudem sollten alle zugewanderten Personen das Angebot zu dieser Förderung erhalten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Angebot muss ausgeweitet und qualitativ weiterentwickelt werden. Es soll nahtlos den Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf ermöglichen. Eine Kinderbetreuung soll es gerade Frauen ermöglichen, diese Kurse wahrzunehmen. Daher setzen wir uns für eine Ausweitung der ausbildungs- beziehungsweise berufsbegleitenden Sprachförderung ein.

Solange zugewanderte Personen die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, brauchen sie Sprachmittler:innen, die in die Muttersprache und zurück dolmetschen. Zahlreiche Behörden wie Polizei, Jobcenter oder Ausländerbehörde verfügen über eigene Sprachmittlerpools. Es muss darüber hinaus gewährleistet sein, dass diesen Personen bei sprachlichen Barrieren Sprachmittler:innen angeboten werden. Das gilt insbesondere in den Bereichen Arbeit, Soziales, Bildung und Gesundheit.

Damit Kinder ihre Muttersprache pflegen können, soll ihnen möglichst zusätzlicher Sprachunterricht in den jeweiligen Herkunftssprachen ermöglicht werden. Für eine gelingende Integration sind sichere soziale Beziehungen sowie die Wertschätzung für die eigene Sprache und Kultur sehr wichtig. Für Menschen, die bisher kaum Zugang zu Schulbildung hatten, wollen wir Alphabetisierungskurse weiter ausbauen. Außerdem sollen junge zugewanderte Menschen auch über das 18. Lebensjahr hinaus Schulabschlüsse erlangen können.

Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt

Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse dauert viel zu lange, wenn sie überhaupt erfolgt. Wertvolle Zeit und Kompetenzen werden vergeudet. Wir wollen das Anerkennungsverfahren auf Landesebene beschleunigen.

Immer noch werden vor allem ausländische Arbeitnehmer:innen, insbesondere im Niedriglohnssektor, ausgebeutet. Wir setzen uns für eine

gute und gerechte Bezahlung aller Menschen sowie für verstärkte Kontrollen gegen Schwarzarbeit, Ausbeutung, Dumpinglöhne und Menschenhandel ein. Außerdem ist eine schnelle unbürokratische Hilfe für die Opfer sehr wichtig.

Transkulturelle Öffnung der Verwaltung

Wir möchten die transkulturelle Öffnung der Verwaltung intensivieren und mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst ausbilden und einstellen. Eine Bestandsaufnahme der interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen im Magistrat, bei Polizei und Feuerwehr sowie allen städtischen Einrichtungen und Unternehmen ist hierfür ein wichtiger Schritt. Wir wollen prüfen, inwieweit Bremerhavener Antragsformulare und andere Dokumente in mehreren und einfacheren Sprachen angeboten werden können.

Politische Beteiligung

Im vergangenen Jahr wurde ein Migrationsrat geschaffen. Der Migrationsrat ist ein Gremium von Expert:innen in Sachen Migration, in dem die Migrant:innen selbst nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Eine migrantische Interessenvertretung ist dieser Rat nicht. Wir wollen den Dialog und die Zusammenarbeit der Bremerhavener Politik mit Gruppen der migrantischen Selbstorganisation sowie Arbeitskreisen zum Thema fördern.

Wir wollen ein arbeitsfähiges direkt gewähltes Gremium schaffen, das dauerhaft eine wichtige Stimme der Migrant:innen in der Bremerhavener Kommunalpolitik sein kann. Dieses Gremium wollen wir mit den notwendigen Ressourcen, ausreichend Personal und finanziellen Mitteln ausstatten. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Migrant:innen-Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen ein Rede- und Antragsrecht zu den Fragen erhält, die die Migrant:innen in Bremerhaven betreffen.

Flucht und Asyl

Zurzeit leben viele Ukrainer:innen in Bremerhaven, die vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind. Aber auch aus anderen Ländern kommen weiterhin geflüchtete Menschen zu uns. Wir GRÜNE setzen uns für einen würdevollen Umgang mit allen Geflüchteten ein, unabhängig von ihrer Nationalität. Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern, queeren Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen hierbei ausdrücklich berücksich-

tigt werden. Wir sprechen uns mit Nachdruck gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete aus. Bei abgelehnten Asylanträgen setzen wir uns dafür ein, dass eine Ausreise auf freiwilliger Basis erfolgt. Darum wollen wir die unabhängige Bremerhavener Beratungsstelle für Rückkehrberatung in Kooperation mit der Internationalen Organisation für Migration stärken. Des Weiteren wollen wir die unabhängige Asylverfahrensberatung auswerten und ggf. ausbauen, die in Bremerhaven bisher nur stundenweise angeboten wird.

Die medizinische Versorgung für Geflüchtete muss unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus gewährleistet sein. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, eine anonyme Gesundheitskarte oder einen anonymen Krankenschein einzuführen, und stellen so die lückenlose Gesundheitsversorgung auch von Personen ohne Identifikationspapiere sicher.

Gesundheit

Eine zukunftssichere Versorgungsstruktur

Gesundheit ist ein Grundanspruch jedes einzelnen Menschen. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung ist ein dichtes Netz aus Therapie, Versorgung, Betreuung, Pflege und Beratung. Dabei sollen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Darum setzen wir auf einen Dialog aller, die an der Gesundheitsversorgung in Bremerhaven beteiligt sind.

Wohnortnahe integrierte Gesundheitszentren sind ein wesentliches Ziel Grüner Gesundheitspolitik. Sie bieten den Menschen im Stadtteil ein umfangreiches Angebot. Das beginnt nach unserer Überzeugung mit Prävention und Beratung zu Gesundheitsfragen. Daneben sollen direkte Versorgung, Therapie und Pflege sowie eine Begleitung beziehungsweise Nachsorge geboten werden. Dies folgt einer ganzheitlichen Vorstellung von Gesundheit, die weit mehr sieht als punktuelle medizinische Behandlungen. In diesem Rahmen werden wir uns auch mit dem Konzept der Gesundheitskioske befassen. Sie sollen als Baustein der ganzheitlichen Idee niedrigschwellige gesundheitliche Unterstützung anbieten. Für die Einrichtung eines integrierten Gesundheitszentrums in Bremerhaven stehen Landesmittel bereit.

Die Akut- und Notfallversorgung in den Krankenhäusern muss dringend reformiert werden. Überfüllte Notaufnahmen mit langen Wartezeiten belasten sowohl die Patient:innen als auch das Personal in den Kliniken, das permanent am Limit arbeitet. Hier müssen effektive Strukturen und finanzielle Regelungen sowie ein wohnortnahes Angebot rund um die Uhr ermöglicht werden. Portalpraxen halten wir hierbei für einen guten Ansatz, um die Notaufnahmen zu entlasten

Wir wollen weiterhin ein Kompetenzzentrum für Gesundheitsfachberufe ins Leben rufen. Dazu gehört eine Vermehrung der Ausbildungsplätze und die Schaffung eines zentralen Campus für Gesundheitsberufe mit regionalem Bezug. Ein erster Schritt dazu ist die Zentralisierung der generalistischen Ausbildung der Pflegeberufe an der Pflegeakademie Bremerhaven unter Beteiligung mehrerer Träger. In einem weiteren Schritt sollte die Ausbildung für Gesundheitsberufe, wie unter anderem für medizinische Fachangestellte, für medizinisch technische Assistent:innen und für Physio- und Ergotherapeut:innen, eingebunden werden. Die Überlegungen der Hochschule Bremerhaven, neue Studienplätze im Bereich Gesundheit zu schaffen, unterstützen wir ausdrücklich.

Die Gesundheitswirtschaft stellt in Bremerhaven viele Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Seestadt ist mit ihren Krankenhäusern, Laboren, Arzt- und Facharztpraxen, Rehabilitationseinrichtungen sowie dem Pflegebereich ein Oberzentrum der Region. Die Gesundheitswirtschaft wird in Zukunft durch den demografischen Wandel und den medizinischen Fortschritt weiterwachsen. Dieses Wachstum wollen wir unterstützen und aktiv fördern.

Gute Versorgung für alle

Der Beginn einer guten Gesundheitspolitik ist eine gute Prävention. Hierzu gehören eine gesunde Ernährung, Bewegung und Aufklärung, die besonders in den Kitas und Schulen gefördert werden sollen. Besondere Programme zur Gesundheitsförderung für unterschiedliche Zielgruppen müssen weiter stattfinden. Die Stellung des Gesundheitsamtes muss im Hinblick auf die schwierigen Lebensbedingungen vieler Menschen in Bremerhaven gestärkt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine gut ausgestattete Gesundheitsverwaltung ist. Viele Jahre ist das nicht hinreichend beachtet worden. Hier müssen wir umdenken und bestehende Ressourcen verlässlich und langfristig ausbauen.

In Folge des demografischen Wandels wird die Zahl der pflege- und versorgungsbedürftigen Menschen in Bremerhaven weiter zunehmen. Wir wollen eine hohe Qualität in der Pflege gewährleisten, Versorgungsmöglichkeiten sichern und dabei die soziale Teilhabe der Pflegebedürftigen besonders beachten. Darum brauchen wir ein vielfältiges Angebot an unterschiedlichen Wohnformen für Pflegebedürftige, ob ambulant oder stationär, ob Wohngemeinschaft, betreutes Wohnen, ambulanter Pflegedienst oder Pflegeheim. Wir wollen Einrichtungen darin unterstützen, sich weiter in ihre Stadtteile zu öffnen, Teilhabe zu ermöglichen und Generationen zusammenzubringen. Die Inanspruchnahme dieser Angebote darf nicht an wirtschaftlichen Faktoren scheitern.

Schwangerschaft

Die Lücken und Defizite bei der Gesundheitsversorgung von Frauen in Bereichen wie der Geburtshilfe, dem Schwangerschaftsabbruch oder der Gesundheitsförderung müssen beseitigt werden. Schwangere Frauen müssen die Möglichkeit haben, sich wohnortnah von einer Hebamme ihres Vertrauens begleiten zu lassen und frei über den Ort der Geburt zu entscheiden. Wir wollen ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für den Gesundheitsbereich einrichten. Das Forum Frauengesundheit soll dabei unterstützend mitwirken.

Durch die Streichung von § 219a aus dem Strafgesetzbuch ist der Zugang zu professionellen Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen endlich entkriminalisiert. Wir wollen deshalb unbeabsichtigt Schwangeren auch in Bremerhaven den niedrigschwelligen Zugang zu unabhängigen Informationen und Unterstützung sichern. So möchten wir selbstbestimmte Entscheidungen ermöglichen.

Die Versorgung unbeabsichtigt Schwangerer ist in Bremerhaven prekär. Zugang zu medizinisch-professionellen Schwangerschaftsabbrüchen hat aktuell nur, wer über ausreichende finanzielle, zeitliche, informationelle und Mobilitäts-Ressourcen verfügt. Wir setzen uns dafür ein, Versorgungslücken bei medizinisch-professionellen Schwangerschaftsabbrüchen in Bremerhaven zu schließen.

Wo immer kommunale Zuständigkeit dies erlaubt, fördern wir die Fortbildung von medizinischem Personal in Abbruchmethoden sowie die Ansiedelung von medizinischem Personal, das Abbrüche durchführt. Unbeabsichtigt Schwangere, die in Bremerhaven nicht versorgt werden können, unterstützen wir zügig und unbürokratisch beim Zugang zur Versorgung im Umland.

BREMERHAVEN - EINE GRÜNE KLIMASTADT

Klima und Umwelt

Heiße und trockene Sommer, heftige Stürme und Starkregen haben Bremerhaven auch in den letzten Jahren vermehrt getroffen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind in der Seestadt deutlich spürbar. Allen sollte klar sein: Die Extremwetter-Ereignisse machen um Bremerhaven keinen Bogen. Wir leben nicht auf einer Insel. Im Gegenteil, als Stadt am Meer stellt der Anstieg des Meeresspiegels uns vor existenzielle Bedrohungen. Deshalb muss Bremerhaven aktiv Klimaschutz betreiben.

Ein Klimaschutzziel für Bremerhaven

Wir werden für Bremerhaven eine dynamische Klimaschutz- und Anpassungsstrategie erarbeiten, die sich laufend den Gegebenheiten anpasst. So werden wir die Menschen und mit ihnen die Lebensräume von Tieren und Pflanzen in der Seestadt vor den Auswirkungen der Klimakrise schützen. Unsere Stadt muss ihren Beitrag leisten und so schnell wie möglich klimaneutral werden. Dafür benötigt Bremerhaven endlich ein konkretes Klimaschutzziel. Wir werden uns daher den ambitionierten Empfehlungen der im Konsens und parteiübergreifend beschlossenen Klima-Enquete anschließen. Diese wollen wir weitestgehend auf Bremerhaven übertragen.

“Bremerhaven setzt sich zum Ziel, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 60 %, bis 2033, um mindestens 85 % gegenüber 1990 zu reduzieren und bis spätestens 2038 eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von 95 % und damit Klimaneutralität zu erreichen.“

Um dies erreichen zu können, möchten wir den Klimavorbehalt in die Stadtverfassung aufnehmen. Wir wissen mittlerweile ziemlich genau, wo wir die Hebel ansetzen müssen, um diese Ziele zu erreichen. Die in Bremerhaven emittierten Treibhausgase verteilen sich etwa zu je 1/3 auf die verarbeitende Industrie, den Verkehr sowie die Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher. Wir haben damit drei klar definierte Sektoren, in denen wir zielgerichtet und passgenau ansetzen müssen. Wir werden daher eine Klimaschutzstrategie für die Stadt Bremerhaven mit einem „Fastlane“-Prozess erarbeiten. Diese wird sich an der “Klimaschutzstrategie für das Land Bremen” orientieren und hoch wirksame CO₂-Einsparmaßnahmen in

allen relevanten Sektoren beinhalten, die nach vergleichsweise kurzer Zeit ihre Wirkung entfalten.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie für Bremerhaven

Nachhaltigkeit ist kein Selbstzweck, sie ist eine Investition in die Zukunft. Wir verbrauchen zu viele Ressourcen und sägen damit am Ast, auf dem wir sitzen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg haben uns vor Augen geführt, wie anfällig wir als Gesellschaft sind. Unser Wohlstand basiert auf intakten Lieferketten sowie der Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Um diese Abhängigkeit zu mindern, müssen wir nachhaltiger wirtschaften.

Wir müssen Ökologie und Ökonomie miteinander verbinden und dabei sozial gestalten. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft. Wir dürfen nicht mehr verbrauchen als wir erzeugen. Daher wollen wir eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln und schnellstmöglich mit ihrer Umsetzung beginnen. Diesen Prozess müssen wir personell und finanziell absichern. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Dezernate neu zugeschnitten werden.

Klimaanpassung

Mit dem Klimawandel steigen die Temperaturen in Bremerhaven. Hitzewellen, Dürreperioden und Starkregen setzen uns Menschen, unserer Infrastruktur und der Umwelt zu. Darum braucht unsere Stadt eine dynamische Klimaanpassungsstrategie. Wir treten für mehr Grünflächen und Bäume, Flächenentsiegelung und Fassaden- und Dachbegrünungen ein. Keine Straßenzüge mehr ohne Baum! So können Pflanzen und Böden mehr Regenwasser aufnehmen. Zum anderen spenden sie Schatten, sorgen für ein angenehmeres Stadtklima und dienen Tieren als Lebensraum. Wir werden die öffentlichen Flächen in diesem Sinne entwickeln und das dafür zuständige Gartenbauamt finanziell und personell stärken. Außerdem soll ein Flächenentsiegelungsprogramm mit Beratungsangeboten und Fördermitteln aufgelegt werden. Darüber hinaus sollen versiegelte Flächen bei der Berechnung von Abwassergebühren als Kostenfaktor etabliert werden.

Frischluftschneisen sind eine wichtige Vorsorgemaßnahme gegen die drohende Überhitzung unserer Städte. Sie versorgen die Stadtteile mit Kaltluft und mildern damit die negativen Einflüsse der Hitzetage. Die Kaltluftschneisen, die im Landschaftsprogramm genannt werden, müssen wir von Bebauung freihalten.

Schutz von Wald, Mooren, Wasser und Biodiversität

Grünflächen, Gewässer, Wälder und Parkanlagen sind die grüne Lunge unserer Stadt. Sie sind Lebens- und Rückzugsraum für Tiere und Pflanzen, dienen gleichzeitig unserer Naherholung. Sie dürfen nicht angetastet oder in Frage gestellt werden. Unsere Waldflächen bleiben in städtischem Eigentum. Zusätzlich möchten wir die Grünflächen in Bremerhaven weiter aufwerten und Konflikte zwischen Mensch und Umwelt verringern. Dafür, aber auch für die Betreuung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete möchten wir beim Umweltschutzamt eine weitere Stelle schaffen.

Der Klimawandel setzt Pflanzen und Tiere unter großen Stress. Nicht alle Arten werden sich den neuen Gegebenheiten anpassen können. Wir sind aufgerufen, unsere Naturräume in Bremerhaven so zu schützen, dass sie den Belastungen durch den Klimawandel bestmöglich verkraften. Deshalb werden wir die Entwicklung eines Grüngürtels um Bremerhaven vorantreiben und gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden Biotopverbundflächen schaffen. Das Fehrmoor soll zur Erhaltung dieser CO₂-Senke wieder vernässt werden und wie die Geesteneriederung zum Landschaftsschutzgebiet entwickelt werden.

Unsere Ernährung: fair, bio und regional

Wir wollen, dass unsere Lebensmittel regional, saisonal und in Bio-Qualität produziert und angeboten werden. Verbände, Vereine und Projekte müssen wir zur Förderung der regionalen Lebensmittelwirtschaft vernetzen. Wir möchten ein größeres Bewusstsein für die Vorteile ökologisch erzeugter Lebensmittel wecken. Dazu müssen wir Stadt und Land, Produzierende und Verbraucher:innen wieder näher zueinander bringen. Um die regionale und nachhaltige Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die Wochenmärkte durch ein größeres Angebot biologisch erzeugter Nahrungsmittel stärken.

Wir möchten umsetzen, dass alle öffentlichen Einrichtungen und Kantinen als Vorreiter vollwertige, biologische und vegane Gerichte zu einem fairen Preis anbieten: In Kitas, Schulen, Hochschule, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und allen weiteren öffentlichen Kantinen in unserer Stadt. Dieses Essensangebot soll sich schrittweise an der Planetary Health Diet orientieren.

Insbesondere in Schulen wird so die praktische Ernährungsbildung unterstützt. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen werden wir dafür

werben, dass schrittweise mehr regionale, saisonale und fair gehandelte Bioprodukte angeboten werden. Insgesamt legen wir Wert darauf, den Anteil tierischer Lebensmittel, insbesondere den von Fleischprodukten, deutlich zu verringern.

Urban Gardening und Essbare Stadt Bremerhaven haben das Gärtnern für sich entdeckt. Es geht um grüne Lebensräume und den Anbau eigener Lebensmittel als Alternative zu konventionell erzeugten Lebensmitteln aus dem Supermarkt. Gemeinsames Gärtnern schafft zudem Nähe und fördert den gegenseitigen Austausch. Hierfür wollen wir geeignete Flächen für weitere Urban Gardening-Gebiete zur Verfügung stellen, eine fachliche Beratung, Schaugärten und das Konzept der essbaren Stadt in Bremerhaven etablieren.

Viele Kinder und Jugendliche wissen nicht genau, was sie essen, wo ihr Essen herkommt und vor allem auch nicht, wie ihr Essen erzeugt wurde. Das wollen wir ändern, denn so schaffen wir mehr Bewusstsein für einen verantwortlichen Umgang mit Lebensmitteln, unserer Umwelt und tragen damit direkt zum Klimaschutz bei.

Stadtentwicklung

Wie sieht die Stadt der Zukunft aus? Das ist für uns die wichtigste Frage bei der Entwicklung Bremerhavens. Diese sehen wir entsprechend der „Leipzig Charta“ als aktiven Planungs- und Veränderungsprozess der Stadt und der Quartiere. Sie setzt den Standard für den Städtebau der Zukunft, indem sie Gemeinwohl sowie eine nachhaltige und produktive Stadt ins Zentrum stellt. Wir werden uns für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung einsetzen, generationengerecht, klima- und ressourcenschonend, für ein lebens- und liebenswertes Bremerhaven. Dabei werden wir bei der Entwicklung unserer Stadt darauf achten, dass die Architektur diesen Ansprüchen gerecht wird und nachhaltig ausgerichtet ist.

Die kurze Geschichte Bremerhavens ist von Wendepunkten geprägt. Diese spiegeln sich auch im Städtebau wider. Der Weg in die Zukunft ist voller Chancen. Gemeinsam mit den Menschen in der Seestadt werden wir ein städtebauliches Leitbild entwickeln, das sich nicht auf bauliche Maßnahmen beschränkt, sondern die soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Entwicklung der Stadt im Blick hat. Es wird die Grundlage für ein langfristiges Konzept bilden. Im Mittel-

punkt stehen dabei Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität und damit insbesondere auch Klimaschutz und Klimaanpassung.

Eine Stadt für alle. Wir stehen für eine inklusive Stadtplanung. Wir wollen, dass die Bedürfnisse aller Menschen in unserer Gesellschaft von Beginn an mitgedacht werden, etwa durch kurze, barrierearme und gut ausgeleuchtete Wege. Dabei sollen vor allem die Bedürfnisse von Frauen besser berücksichtigt werden. Um das Sicherheitsempfinden zu erhöhen, sehen wir die Identifikation und Reduzierung von Angsträumen vor. Um allen Menschen eine hohe Aufenthaltsqualität zu ermöglichen, fördern wir den Aus- und Umbau öffentlicher Toiletten. Diese sollen sauber und sicher sein und kostenfreie Hygieneartikel bereitstellen.

Ein neues städtebauliches Leitbild für Bremerhaven

Die städtebauliche Geschichte Bremerhavens ist seit den 1960er Jahren von zahlreichen Großprojekten geprägt, die nicht nachhaltig konzipiert zu einer Belastung für die Stadtentwicklung wurden. Hierzu gehören unter anderem das Columbus-Center, die Müllverbrennungsanlage, die Stadthalle, das Nordsee-Stadion, der Tunnel zum Überseehafen und das Hauptverkehrsstraßennetz - dort an der Spitze die Columbusstraße. Sie sind auf der Grundlage von Gutachten externer Fachleute entstanden, die Bremerhaven Einwohnerzahlen von 200.000 und mehr in Aussicht stellten. Diesen Prognosen wurde jahrzehntelang vertraut und überdimensionierte Projekte auf den Weg gebracht. Das zieht finanzielle Belastungen nach sich, die Bremerhaven in eine stetige Haushaltsnotlage bringen und sinnvolle Investitionen, wie die Sanierung maroder Schulen und Straßen, ausbremst.

Wir wollen ein neues, ökologisches und klimagerechtes Leitbild für die gesamte Stadt entwickeln, damit Bremerhaven in Zukunft sozial und klimaangepasst aufgestellt ist. An diesem Leitbild muss sich die Stadtentwicklung orientieren. Zielkonflikte werden so erkannt und bearbeitet, Fördermöglichkeiten frühzeitig identifiziert ebenso wie die Teilnahme an Modellprojekten.

Innenstadt der Zukunft

Die Innenstadt ist für uns das Herz Bremerhavens und das soll es bleiben. Eine moderne Innenstadt ist mehr als eine Einkaufsmeile. Sie ist ein Ort der Begegnung, ein Ort für Kultur und Veranstaltungen. Das

Stadtzentrum darf nicht mehr isoliert betrachtet werden – es endet nicht mit der Fußgängerzone. Die Innenstadt ist ein Puzzlestück der gesamten Stadtentwicklung. Wir sind der Ansicht, dass der Betrachtungshorizont langfristig sein muss. Eine durchdachte Stadtentwicklung funktioniert nur unter Einbeziehung der Bürger:innen.

Vor allen anderen Schritten müssen die Verkehrslenkung und die Wegebeziehungen geplant und festgelegt werden. Wir wollen einen autoarmen Stadtkern, in seinen natürlichen Grenzen der Deichstraße, der Lloydstraße, der Weser und der Geeste. Für Gruppen mit besonderem Anliegen, wie Handwerker:innen, An- und Zulieferung, Taxen oder Rettungs-, Not- und Pflegedienste, soll er weiterhin mit dem Auto erreichbar bleiben. Außerdem sollen die Menschen auch auf ihren Alltagswegen die Geschäfte der Innenstadt aufsuchen können. Daher wollen wir die Fußgängerzone für den Radverkehr öffnen. Um zielgerichtet reagieren zu können, soll das Citymanagement mit entsprechenden Handlungsmöglichkeiten ausgestattet werden.

Verbindung Innenstadt und Havenwelten

Fußgängerzone und Havenwelten gehören zusammen. Ein Rückbau der Columbusstraße ist, so zeigen es die unabhängigen Untersuchungen, längst überfällig und möglich. Konkret planen wir, die Zu- und Abfahrt der Parkhäuser im Süden nur über die Kennedybrücke, die des Parkhauses unter dem Klimahaus nur noch über die Lloydstraße zu führen. Die verbleibenden zwei Spuren bleiben dem Bus- und Radverkehr, sowie den Rettungsdiensten vorbehalten.

Eine sichere und gute Querung der Innenstadt mit dem Rad ist unverzichtbar. Wir wollen verschiedene Möglichkeiten prüfen. Eine Variante könnte unser Routen-Vorschlag über die Geestebrücke zum Theodor-Heuss-Platz, weiter über die Schleswiger Straße zur Großen Kirche mit Umfahrung hin zur Grazer Straße sein.

Nachhaltige und integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung

Wir wollen die ökologische Klimastadt: Vorrang für die Entwicklung innerstädtischer Flächen statt Versiegelung, sowie die leichte Erreichbarkeit von Grünflächen im Quartier. Daneben setzen wir auf die soziale Durchmischung von Quartieren, eine entsprechende dezentrale Infrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten und Betreuungsangebote. Wir wollen soziale Isolation bekämpfen, Kreativität fördern und darauf achten, dass unser Wohnraum bezahlbar ist.

Das Quartier selbst muss die zentrale Entwicklungsachse sein. Hierfür müssen zunächst die individuellen Problemfelder identifiziert werden. Ansprechpersonen und Gruppen vor Ort, die qualifiziert und lokal verwurzelt sind, können diese Aufgabe im Sinne ihrer Quartiere übernehmen. Diese lokalen und einfach erreichbaren Interessenvertretungen müssen mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden und sich stadtweit vernetzen, um Bedarfe und Informationen austauschen zu können. Weiterhin soll diese Vertretung als Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligungen dienen. Alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten haben sich einzubringen. So lassen sich Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf lokalisieren, die für die Steuerung und den Einsatz von Fördergeldern, insbesondere Städtebauförderungsmitteln, notwendig sind. Dies schließt ein interdisziplinäres Quartiersmanagement ein, das sowohl die städtebaulichen Aspekte als auch die der Gemeinwesenarbeit abdeckt und eng mit den Akteur:innen und Menschen vor Ort zusammenarbeitet.

Nutzung von Freiflächen nur im Dialog

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Stadtentwicklung wird der Umgang mit freien Flächen sein. Fast in jedem Bremerhavener Stadtteil gibt es Brachflächen, deren Umnutzung bereichernd für das Quartier sein kann - der Zolli hat es vorgemacht. Zur Entwicklung dieser Flächen ist es erforderlich, einen fortwährenden kreativen Diskussionsprozess mit den Bürger:innen zu führen. Besonders bei den Planungen des Werftquartiers sowie des Bereiches Rudloffstraße, werden wir auf die Errichtung von Parks, Grün- und Spielflächen sowie gute Radverkehrsverbindungen achten.

Bauen

Eine Stadt wie Bremerhaven mit stagnierender Bevölkerung kann nicht einfach immer mehr bauen. Der Abwanderung von Steuerzahlenden nach Niedersachsen können wir nicht mit der Ausweisung von mehr Bauland und der weiteren Vernichtung von Grünflächen begegnen. Mit den Grundstückspreisen des Umlandes werden wir nie konkurrieren können. Bremerhavens Stärke sind nicht die Baugebiete für Einfamilienhäuser. Bremerhavens Stärken sind das Theater, Kinos, interessante Geschäfte, Kneipen oder Museen – also das Leben in einer Großstadt.

Hier wollen wir ansetzen, um Bremerhaven für Neubürger:innen attraktiver zu machen. Die Neuausweisung reiner Einfamilienhausgebiete lehnen wir ab. Weiterhin muss die Umnutzung von Wohnflächen in Ferienwohnungen und reine Kapitalanlagen unterbunden und wo möglich rückgängig gemacht werden.

In Bremerhaven befinden sich derzeit mehrere große Bauvorhaben in der Planungsphase. Ganze Quartiere sollen neu entstehen. Hierdurch kann es verstärkt zu Binnenwanderungen in Bremerhaven kommen, wodurch weitere Leerstände zu befürchten sind. Leerstehende Immobilien, auch Gewerbe, müssen von der Stadt erfasst werden und eine Weiternutzung angestrebt werden. Wir wollen eine nachhaltige Baustrategie für Bremerhaven entwickeln, die auf einer Bestandsaufnahme bestehender Gebäude sowie einer Bedarfsanalyse der Stadt für Wohnraum beruht. Um den Flächenverbrauch zu verringern und das Klima zu schützen, stellen wir, gemäß dem Leitbild der Bundesstiftung für Baukultur, den Umbau des Bestandes vor Neubau.

Mobilität

Unsere Verkehrswende für Bremerhaven

Wir alle leben im Zeitalter der Mobilität. Sie ist Teil unserer Freiheit. Deshalb wollen wir die Verkehrsflächen gerechter verteilen. Dazu werden wir den Fuß- und Radverkehr sowie die öffentlichen Verkehrsmittel stärken. Im Gegenzug wollen wir den motorisierten Individualverkehr verringern. In Bremerhaven entfallen ein Drittel der Treibhausgasemissionen auf den Verkehrssektor. Gemäß den überparteilich beschlossenen Ergebnissen der Klima-Enquete müssen wir den Verkehrssektor bis spätestens 2038 auf Netto-Null senken. Auch für unsere Gesundheit, für weniger Flächenverbrauch und als Zeichen des demografischen Wandels, werden wir uns für einen emissionsarmen Verkehr einsetzen. Dies ist auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit, denn gerade die Ärmsten leiden am meisten unter den Auswirkungen des motorisierten Verkehrs.

Wir möchten, dass alle Menschen jedes Ziel von jedem Punkt im Stadtgebiet sicher, schnell, komfortabel, klimaneutral und unabhängig vom Einkommen erreichen können. Deshalb müssen wir Mobilität so gestalten, dass sie der Lebensqualität und dem öffentlichen Zusammenleben dient. Bremerhaven soll sich im Rahmen des Deut-

schen Städtetags für die autonome Bestimmung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten auf den Straßen einsetzen.

Die Verkehrswende muss auf Toleranz und Akzeptanz fußen. Sie muss die Belange aller Menschen gleichwertig berücksichtigen. Uns ist klar, dass die Verkehrswende nur unter Beteiligung der Bevölkerung und der kommunalen Wirtschaft gelingen kann. Nur so können alle Problemfelder erkannt und echte Alltagserfahrungen in die Gestaltung einfließen.

Die Folgen des Pendelverkehrs verringern

Viele Menschen aus der Umgebung nutzen die Vorzüge unserer Stadt zum Arbeiten, Einkaufen und zur Freizeitgestaltung. Zudem pendeln täglich fast 25.000 Menschen (2019) aus dem Umland zur Arbeit nach Bremerhaven und zurück, beinahe die Hälfte aller Beschäftigten. Dies ist für Bremerhaven unverzichtbar. Zugleich belastet der Pendelverkehr die Seestadt und ihre Bewohner:innen. Breite Straßen zerschneiden unsere Siedlungen und rauben wertvolle Flächen. Der Autoverkehr, Abgase und Lärm mindern unsere Lebensqualität. Jeden Tag dienen unsere Wohngebiete als kostenloser Parkplatz. Auch die finanzielle Last tragen wir als Bevölkerung. Wir wollen diese Belastungen verringern. Dazu werden wir, zusammen mit unseren Nachbargemeinden, Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV und das Fahrrad setzen. Außerdem müssen wir den Pendel- und touristischen Verkehr besser verteilen.

Für den Überseehafen soll ein gegenläufiger Pendelverkehr eingerichtet werden, der zu den Schichtwechseln verstärkt fährt. Dazu soll im ÖPNV eine Anschlussgarantie an Knotenpunkten und den Bahnhöfen gehören, damit die Menschen zügig von und in den Hafen kommen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass Bremerhaven und seine Nachbargemeinden künftig in der gleichen VBN-Tarif-Zone liegen.

Öffentlicher Verkehr – Attraktiv und verlässlich

Damit der klimaneutrale ÖPNV der Zukunft breite Bevölkerungsschichten erreichen kann, muss er so attraktiv und verlässlich sein, dass die Menschen ihr Auto aus eigenem Antrieb stehen lassen. Dazu muss seine Nutzung fühlbar vorteilhafter und preiswerter sein. Um diese Ziele zu erreichen, benötigen die öffentlichen Verkehrsmittel eine Attraktivitäts- und Komfortsteigerung. Nah-, Regional- und Fern-

verkehr sowie der Individualverkehr müssen vollständig verknüpft und auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden. Dabei werden wir auch die Umlandgemeinden in die Pflicht nehmen.

Der Nahverkehr muss besser auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden. Dazu möchten wir den Busverkehr in der Innenstadt neu aufstellen und ihn künftig, anstatt im Zick-Zack-Kurs, über die Columbus- und Deichstraße führen. Wichtig ist uns außerdem die Anbindung der Häfen und ein kostenloser Fahrradtransport. Im Trockenen mit dem Rad zur Arbeit, bei Regen mit dem Bus zurück. Weiterhin können wir uns eine moderne, öffentlich organisierte Fahrgemeinschaft vorstellen. Einen On-Demand-Verkehr, der auch Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, unabhängig von Fahrplan und Netz ermöglicht. Dazu muss vor Fahrtantritt lediglich bekannt sein, wo ein Fahrgast ein- und aussteigt. In der digitalen Welt unproblematisch realisierbar.

Eine Straßenbahn für Bremerhaven

Das Bremerhaven sich aufgrund seiner langen Siedlungsstruktur optimal für eine Straßenbahn eignet, zumal sie fast 100 Jahre hier fuhr, ist kein Geheimnis. Eine Straßenbahn steigert die Lebensqualität und die Attraktivität unserer Stadt. Sie kann klimaneutral betrieben werden und ist, Umfragen bestätigen dies, ein beliebteres Verkehrsmittel als der Bus. Wir unterstützen die Wiedereinführung der Straßenbahn, wenn sie, im Sinne der Allgemeinheit, wirtschaftlich ist. Ob dies der Fall sein wird, hängt von dem Ergebnis der standardisierten Untersuchung ab, die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

In die Region und umzu

Ein Baustein für das Gelingen der Verkehrswende ist eine gute Anbindung an das Schienennetz. Diese ist aktuell, sowohl im Personals als auch im Güterverkehr, nicht in ausreichendem Maß gegeben. Wir möchten die Strecke Bremerhaven–Bremen endlich mit dem „dritten Gleis“ ausbauen. Hierdurch möchten wir nicht nur einen 24-stündigen und dichteren Taktverkehr nach Bremen erreichen, sondern auch den Anschluss an das Fernverkehrsnetz verbessern. Gleichzeitig werden wir den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke nach Cuxhaven vorantreiben und damit auch eine Direktverbindung nach Bremen schaffen, die nicht nur für den Tourismus in unserer Region unabdingbar ist.

Weiterhin ist uns die Reaktivierung des Haltepunktes Speckenbüttel sowie der Verbindung nach Bad Bederkesa ein Anliegen.

Sichere und lebenswerte Mobilität für jeden

Gegenwärtig ist die Mobilität in der Seestadt auf den motorisierten Individualverkehr fokussiert. Das ist, auch für die öffentliche Hand, die teuerste Verkehrsform. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Städtetags, die eine Neufassung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung vorsieht. Wir möchten unsere Stadt lebenswerter, leiser und sicherer gestalten und andere Mobilitätsformen in den Vordergrund rücken. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die Anzahl der PKWs, vor allem aber den motorisierten Individualverkehr, in Bremerhaven deutlich zu verringern. Damit sinkt auch der Treibhausgasausstoß, für den im Mobilitätsbereich vor allem der Autoverkehr verantwortlich ist.

Der Verbrennungsmotor ist eine Technologie der Vergangenheit. Sein Aus wurde von der EU für das Jahr 2035 beschlossen. Das Auto der Zukunft fährt grün, klimaneutral und stößt keine schädlichen Abgase aus. Wir werden eine Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge schaffen und dafür sorgen, dass sie in Zukunft bereits bei der Planung mitgedacht wird. Alle Menschen müssen im Umkreis von 300 m Zugang zu einer öffentlichen Ladestation haben. Weiterhin werden wir prüfen, ob auch die Betreiber:innen von Parkflächen dazu verpflichtet werden können. Hier sollen der Magistrat und seine Eigenbetriebe mit gutem Beispiel vorangehen.

Car-Sharing

Ein Auto steht durchschnittlich 23 Std./Tag ungenutzt herum. Nicht nur deshalb ist Carsharing die Alternative zum eigenen Fahrzeug. Es spart Platz, Geld und schont die Umwelt. Carsharing ist in unserer Stadt ein wachsender, aber überschaubarer Nischenmarkt. Es mangelt an Ausleihstationen und daher auch an Akzeptanz. Wir werden uns um mehr Standorte, auch in den Nachbargemeinden, bemühen und um mehr Anbieter:innen werben, damit Carsharing auch in Bremerhaven endlich massentauglich wird.

Verkehrslenkung – Mehr Platz für neue Mobilität

Wir möchten den Verkehr in Bremerhaven besser lenken. Hierdurch kommen wir in unserer Stadt nicht nur schneller von A nach B, sondern können auch die Wohngebiete stärker entlasten und sauberer,

sicherer und leiser gestalten. Wir wollen den Durchgangsverkehr auf der Nord-Süd-Hauptachse sowie auf den Ost-West Verbindungen kanalisieren und ihm durch optimierte Ampelschaltungen und Vorfahrtsregelungen Vorrang gewähren. Gleichzeitig werden wir dort mehr und sicherere Querungsmöglichkeiten für andere schaffen. Auch die Autobahn möchten wir als Umgehungsstraße in dieses Konzept einbeziehen. Gleichzeitig schaffen wir abseits dieser Hauptachsen flächige Tempo-30-Zonen und optimieren die Verkehrsflächen für den nicht-motorisierten Verkehr. Hierfür werden wir, wo möglich, ein System von Einbahnstraßen schaffen, die wir für Radfahrende generell in beide Richtungen öffnen. Im Zentrum möchten wir den Verkehr besser zu den öffentlichen Parkhäusern und Parkplätzen leiten. Das schließt auch den Rückbau der Columbusstraße mit ein. Nach der Inbetriebnahme des Hafentunnels wird auf den Zubringerstraßen zum Hafen, mit Ausnahme der Cherbourger Straße, ein LKW-Fahrverbot gelten. Die Küstenautobahn A20 lehnen wir aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen ab.

Ein Parkraummanagement für Bremerhaven

Die Zahl der Fahrzeuge in Bremerhaven und ihr Raumbedarf wächst stetig. Ein Zustand, der unsere Freiheit und Lebensqualität einschränkt. Wir werden daher die Wohngebiete in unserer Stadt vom Durchgangs- und Parksuchverkehr entlasten und die Voraussetzungen für neue Bewohnerparkzonen schaffen. Die Zahl der öffentlichen PKW-Parkplätze werden wir verringern. Dabei orientieren wir uns an der Stadt Kopenhagen, die seit Jahrzehnten die Zahl der Parkplätze pro Jahr um 3 Prozent reduziert. Alternative Mobilitätsangebote werden den Ersatz bilden. Die Parkgebühren auf den Parkflächen der STÄPARK werden wir anpassen und die Stellflächen des Magistrats gebührenpflichtig machen. Mit den zusätzlichen Einnahmen werden wir den ÖPNV querfinanzieren und zusätzliche Stellen zur Verkehrsüberwachung schaffen.

Zu Fuß durch die Stadt

Egal welches Verkehrsmittel wir nutzen, jeder Weg beginnt und endet auf zwei Beinen. Wir wünschen uns eine Stadt der kurzen Wege, in der wir alle sicher und barrierefrei zu Fuß gehen können. Wir setzen uns für gleiche Rechte und ausreichend Raum für alle Verkehrsteilnehmer:innen ein. Wir werden daher eine festgelegte und auch real angewandte Mindestbreite von Gehflächen durchsetzen sowie den Radverkehr auf den Hauptstrecken auf baulich getrennter Trasse füh-

ren. Wir wollen mehr und sichere Straßenquerungen und die Ampelschaltungen zu Gunsten der Fußgänger:innen optimieren. Weiterhin schaffen wir in den Wohngebieten flächige, verkehrsberuhigte Bereiche („Spielstraßen“). Kinder sollen auf ihren Schulwegen jederzeit sicher unterwegs sein.

Fahrradstadt Bremerhaven

Gegenwärtig muss sich der Radverkehr in unserer Stadt dem motorisierten Verkehr unterordnen. Die Radfahrenden werden auf schmale Streifen am Rand abgeschoben oder müssen sich den Platz mit Fußgänger:innen teilen. Grob gepflasterte Nebenstraßen sind ein Hindernis. Radwege, auf unabhängig vom übrigen Verkehr geführten Trassen, existieren bestenfalls rudimentär. Die Topographie Bremerhavens ist ideal zum Fahrradfahren. Fast die Hälfte aller Autofahrten sind kürzer als 5 km – eine Entfernung, auf der das Rad das schnellste Verkehrsmittel ist. Bis zu 30 Prozent aller Autofahrten können so ersetzt werden. Dazu verursacht das Fahrrad nur geringe Unterhaltskosten für die Infrastruktur, ist gesundheitsfördernd und emissionsfrei. Ein echtes und schlüssiges Radverkehrskonzept fehlt in Bremerhaven. Gemäß der Klima-Enquete werden wir jährlich 10 Prozent des Radwegenetzes instand setzen.

Endlich ein Radverkehrskonzept für Bremerhaven

Wir werden Bremerhaven endlich zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen: Ein Radwegenetz mit Punkt-zu-Punkt-Verbindungen und ein übergeordnetes, vom übrigen Verkehr unabhängiges Netz von Radvorrang- bzw. Premiumrouten. Für Bremerhaven heißt das – zwei Nord-Süd-Verbindungen mit Zubringern in die einzelnen Stadtteile, den Überseehafen und die Nachbargemeinden. Die Wege sollten mindestens 2,5 m breit sein, nur wenige Kreuzungen aufweisen und das Fahren mit komfortablen Geschwindigkeiten ermöglichen. Die Räume, die sich durch den Umbau des motorisierten Individualverkehrs ergeben, werden wir überwiegend dem Radverkehr zur Verfügung stellen. Im öffentlichen Raum werden wir PKW-Parkplätze in Fahrradstellplätze umwandeln, damit das Abstellen in jeder Wohnstraße sicher möglich ist. Den Betrag, den die Stadt Bremerhaven aus eigenen Mitteln pro Einwohner:in für den Radverkehr ausgibt, werden wir auf 25 Euro erhöhen.

Konflikte des Radverkehrs mit anderen Verkehrsteilnehmer:innen werden wir minimieren. Rad- und Gehwege sowie die Verkehrsflächen des motorisierten Individualverkehrs werden, wo nötig, auch baulich voneinander getrennt. Unser Ziel: Dass der Radweg der Zukunft so sicher ist, dass wir unsere Kinder bedenkenlos darauf fahren lassen können.

Der motorisierte Individualverkehr wird durch vielerlei Maßnahmen direkt und indirekt durch die Politik gefördert. Wir fordern eine Umkehr: Die Förderung von Dienst- und Lastenfahrrädern und einen Bonus für die Radnutzung auf dem Arbeitsweg. Viele Transporte, etwa der Wocheneinkauf, lassen sich auch problemlos mit einem Lastenrad durchführen. Ein System analog des Car-Sharings könnte dies wirtschaftlicher machen. Deshalb streben wir, wie die Stadt Bremen, ein kommunales Förderprogramm zum Kauf von Lastenrädern und Anhängern an. Wir wollen ein echtes Jobbike-Angebot – auch für Beamt:innen.

Energie und Versorgung

Energiewende im Gebäudesektor

Für die Energiewende und den Klimaschutz spielt der Gebäudesektor eine herausragende Rolle. Hier wollen wir mit verschiedenen Instrumenten ansetzen, und zwar im Wohngebäude- sowie im Nichtwohngebäudebereich. Unser Ziel ist es, ausgehend von der Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude, sämtlichen Wohn- und Gewerberaum Bremerhavens in einen abgestimmten Klimaschutzprozess einzubinden. Das betrifft sowohl Neubauten als auch die klimagerechte Modernisierung bestehender Gebäude.

Solarcity Bremerhaven

Für das Erreichen der Klimaschutzziele müssen wir unseren Energiebedarf nicht nur senken, sondern zusätzlich auch verstärkt mit erneuerbaren Energien decken. Hierzu bietet sich die Solarenergie an. Eine Studie der swb aus dem Jahr 2017 besagt, in Bremerhaven seien 37.000 Dächer für die Nutzung von Photovoltaik gut bis sehr gut geeignet. Das entspricht einer theoretischen Gesamtkapazität von bis zu 990 Megawatt Peak. Faktoren wie Statik oder baurechtliche Einschränkungen sind dort jedoch nicht bedacht. Derzeit wird nur gut ein Prozent dieses Solarkapitals genutzt.

Wir schlagen im Sektor Gebäudeenergie mit einem kommunalen Wärmeplan und Solarcity Bremerhaven zwei Schlüsselkomplexe vor. Wir wollen daher alle für die Nutzung von Solarenergie geeigneten Dachflächen möglichst schnell zur Stromerzeugung aktivieren. Dies betrifft im ersten Schritt die im Bereich der Stadt Bremerhaven und ihrer Gesellschaften, Wirtschafts- und Eigenbetriebe, sowie der Anstalt EBB, liegenden Dächer. Wir wollen prüfen, ob wir den Bürger:innen ein Angebot zur Pacht ihrer Dachflächen zur Solarenergieerzeugung machen können, die ihre Dächer nicht selbst dazu nutzen können oder wollen. Wir wollen auch prüfen, ob wir für die technische Umsetzung eine städtische Tochtergesellschaft nutzen oder gründen können. Gleichzeitig wollen wir prüfen, ob städtische Bildungsträger Umschulungen für den Aufbau und Betrieb großer PV-Anlagen durchführen können.

Um den Energiebedarf im Gebäudesektor weiter zu senken, müssen wir das Handwerk fördern und so zukunftssichere und energieeffiziente Sanierungen und Neubauten ermöglichen. Durch gezielte Wissensvermittlung soll die Umstellung hin zu klimafreundlichem, energiesparendem Bauen und Sanieren gelingen. Die Sanierungsrate bei Bestandsgebäuden muss in einem ersten Schritt auf zwei Prozent erhöht werden. Wir wollen, dass die Außenstelle der Landesklimatechutzagentur energiekonsens personell und finanziell aufgestockt wird, damit sie Privatpersonen, Institutionen und Unternehmen bei Bau- und Sanierungsfragen beraten kann.

Betriebe, die durch Weiterbildung oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze neue Kapazitäten im Ausbau erneuerbarer Energien oder der energieeffizienten Sanierung schaffen, möchten wir durch Beratung und Fördermittel unterstützen. Das Bremer Klimabauzentrum soll analog auch in Bremerhaven etabliert werden.

Nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept

Wir wollen einen höchstmöglichen Grad an Kreislaufwirtschaft erreichen und ein "Nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept" entwickeln. Mit einem Mehrheitsanteil am Entsorgungsbetrieb kann Bremerhaven garantieren, dass sich die inhaltliche Ausrichtung der Abfallwirtschaft und die Qualität der Entsorgung vorrangig am Wohl der Bürger:innen orientiert und nicht an hohen Profiterwartungen der Betreiber:innen. Um die Recyclingquote zu erhöhen, soll mit uns auch die Einführung der längst überfälligen und für Kommunen verpflichtenden Biotonne

erfolgen. Wir wollen außerdem die Einführung einer Wertstofftonne prüfen und die örtlichen und zeitlichen Möglichkeiten der Reststoffsammlung erhöhen.

Wir wollen durch mögliche Schulungen und bürgernahe Informationen die Menge an Müll reduzieren, die jede:r Bremerhavener:in durchschnittlich erzeugt. Kluge Ansätze zur Müllvermeidung sind zum Beispiel das Repair-Café des Jugendklimarates, das Verstetigen des verpackungsfreien Einkaufens und Einkaufskooperativen sowie die Ansätze der Teilungs-Kultur (Food-Sharing). Zudem wollen wir für Bremerhaven den Luftreinhalteplan effektiv umsetzen und fort-schreiben.

Der Deponiebeirat ist seinen Aufgaben nicht gerecht geworden und gehört in seiner jetzigen Form abgeschafft. Er ist durch ein Gremium zu ersetzen, welches einen echten Dialog zwischen Betreiberin, Kritiker:innen, Aufsichtsbehörden und Lokalpolitik gewährleistet und effektive Ergebnisse hervorbringt.

Mülltrennung ist kinderleicht und ein einfacher Beitrag zu einem ressourcenschonenderen Umgang mit Wertstoffen. Deshalb sollten Kinder bereits in der Schule einen Umgang damit erlernen können, damit sie diese Kompetenz auch in anderen Lebensbereichen selbstverständlich anwenden. Wir wollen, dass Schüler:innen in allen Klassenräumen die Möglichkeit haben, Restmüll, Altpapier und Verpackungsmüll zu trennen. Die weitere Trennung von Biomüll und Altglas in der Schule möchten wir prüfen.

Kommunale Wärmeplanung, Fernwärme

Sowohl für Wohnungseigentümer:innen als auch Mieter:innen ist Planungssicherheit von großer Bedeutung. Mithilfe einer kommunalen Wärmeplanung sollen Bremerhavener:innen einfach ermitteln können, an welchen Standorten zu welchem Zeitpunkt mit einer Anbindung an das Fernwärmenetz zu rechnen ist. Außerdem wollen wir die zwei Insel-Fernwärmenetze, die mit Gas betrieben werden, an das große Fernwärmenetz der BEG anschließen. Dort, wo dies nicht möglich ist, sollen Heizungsanlagen schnellstmöglich auf Wasserstoff, Wärmepumpen oder andere erneuerbare Technologien umgestellt werden. Schließlich wollen wir den Einsatz von Mikro-Wärmenetzen und die Bereitstellung von Flächen für Wärmeerzeugungsanlagen und Speicher prüfen.

Am Beispiel von Paris möchten wir die Entwicklung eines Fernkältesystems prüfen, beispielsweise unter Nutzung der Wassertemperatur von Weser und Nordsee.

Quartierenergie

Für eine effiziente Energieversorgung wollen wir eine quartierbezogene, dezentrale Versorgung mit Strom und Wärme etablieren. In Bremerhaven wollen wir Projekte wie die Klima-Meile in der "Alten Bürger" massiv vorantreiben. Sie kann als Leuchtturmprojekt für andere Stadtteile dienen, wie in der Innenstadt das Quartier um die Hochschule mit Kunstmuseum, Stadttheater und Hanse Carré, oder die Stadthäuser mit Schulen, Kindergärten und der Stadthalle oder der Fischereihafen.

Wir wollen in Bremerhaven weitere Standorte für Flusswasserwärmepumpen identifizieren und damit einen Beitrag zur CO₂-neutralen Wärmeversorgung der Stadt leisten. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch die Nutzung der Hafenbecken.

SAUBER WIRTSCHAFTEN

Green-Economy

Nachhaltiges Wirtschaften ist eine Wachstumsbranche und wird immer wichtiger. Deutschland hat sich im Pariser Klimaabkommen dazu bekannt, die menschengemachte globale Erwärmung auf unter 2°C und möglichst 1,5°C zu begrenzen. Die Umsetzung erfordert größere Fortschritte insbesondere in den Sektoren Mobilität, Industrie und Gebäude.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft BiS entwickelt die Green-Economy-Projekte für die Seestadt und damit auch für den Anspruch Bremerhavens, Klimastadt zu sein. Zielgruppe sind Unternehmen, die einen Bezug zum nachhaltigen Wirtschaften haben und ihre Betriebsstätten nach Energieeffizienz sowie ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien ausrichten.

Das geplante Gewerbegebiet auf der Luneplate, das Lune-Delta, sehen wir als Leuchtturm für alle weiteren Projekte dieser Art an. Hier entsteht das erste nachhaltige Gewerbegebiet bundesweit. Sämtliche Gebäude werden nach höchsten Standards für nachhaltiges Bauen errichtet und zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie versorgt. Wir möchten zusätzlich eine Gleisanbindung herstellen.

Bremerhaven als Oberzentrum – die Region gemeinsam entwickeln

Wir wollen die Beziehungen zu den Nachbargemeinden neu definieren, das Regionalforum stärken und dies vertraglich festhalten. Ein vertrauensvolles und faires Miteinander wird uns stärker machen. Die Umsetzung gemeinsamer Projekte wird die regionale Wertschöpfung erheblich steigern. Dies gilt besonders in den Bereichen Landflucht versus Stadtleben, Bildung, Kultur und Gesundheit. Konkrete Projekte sind im Bereich Mobilität, Bau und Tourismus möglich. Wir wollen etwa die Strecke Bremerhaven-Cuxhaven zur Stärkung des Güter- und Personenverkehrs zweigleisig ausbauen und elektrifizieren.

Die Wirtschaft in Bremerhaven ist zuletzt gewachsen und gleichzeitig stieg auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Leider wurde die Hälfte dieser Arbeitsplätze mit Menschen besetzt, die nicht in Bremerhaven leben und ihre Steuern an eine andere Gemeinde entrichten. Die Einpendlerquote, also die Zahl derer, die hier

arbeiten, aber im Umland wohnen, lag zuletzt bei 46,1%. Wir wollen Wege und Möglichkeiten finden, die Einpendlerquote zu senken.

Wandel im Einzelhandel meistern

Der Strukturwandel stellt den klassischen Einzelhandel weiter vor Herausforderungen. Pandemie, Inflation und Online-Handel führen zum Verlust von Fachgeschäften in Bremerhaven. Dabei ist der lokale Einkauf oft nachhaltiger und stärkt die Kaufkraft in der Seestadt. Wir wollen diese Herausforderung gemeinsam mit dem Einzelhandel annehmen, neue Chancen suchen und so Arbeitsplätze erhalten. Hier können kooperative Ansätze (standort- und branchenbezogene oder branchenübergreifende Einzelhandelskooperationen) ein wichtiges Instrument sein.

Chancen durch nachhaltigen Strukturwandel

Moderne Unternehmen wollen heute fair, klimagerecht und nachhaltig arbeiten. Verbraucher:innen achten immer stärker auf eine nachhaltige Produktion und nachhaltigen Handel. Das ist nicht nur Grundvoraussetzung für den Klimaschutz, es lohnt sich auch ökonomisch. Wir werden diesen Wandel weiter unterstützen.

Besonderen Wert legen wir auf die Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen, die bisher gezeigt haben, wie verantwortungsvolles Wirtschaften zum Erfolg führt. Wir wollen die Unternehmen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Unternehmensphilosophie unterstützen.

In Zeiten der ökologischen Erneuerung spielt das Handwerk eine besondere Rolle. Diese Betriebe profitieren besonders von der Förderung erneuerbarer Energien und Spartechnologien. Die energetische Sanierung von Altbauten, die Erneuerung von Heizungen, der Bau von Fernwärmenetzen sowie die Nutzung aller geeigneten Dachflächen für die Solarenergie, schaffen für viele Jahre Perspektiven. Wir werden erneuerbare Energien, Energieeffizienz, -suffizienz und -einsparung weiterhin konsequent fördern. Städtische Gesellschaften sollen Menschen insbesondere für den Aufbau von Photovoltaikanlagen qualifizieren und Standorte im Stadtgebiet prüfen, die sich für die Gewinnung von erneuerbarer Energie eignen.

Hafen

Der Hafen bleibt in Bremerhaven der dominante Wirtschaftszweig. Die Kerne unserer Wirtschaftskraft, Logistik und maritime Wirtschaft, Lebensmittelherstellung und die Maschinenproduktion, basieren auf unserer Lage am Wasser. Die Dynamik der Hafenentwicklung ist atemberaubend. Die Logistik des Hafens ist historisch gewachsen und entspricht daher nicht mehr überall dem heutigen Standard. Die Antworten der Zukunft können keine statischen sein. Wir müssen dynamisch auf die Entwicklungen reagieren. Ein neues Hafenentwicklungskonzept muss in Abstimmung mit allen Akteur:innen schnell auf die Beine gestellt und stetig aktualisiert werden. Wir wollen den Hafen widerstandsfähiger gegen äußere Einflüsse machen, den Betrieb nachhaltiger gestalten und ihn dabei klimaneutral machen.

Eine Hafenkooperation, die Häfen stärkt

Der Containerumschlag in den deutschen Seehäfen stagniert, teilweise ist er sogar leicht rückläufig. Insbesondere die niederländischen und belgischen Seehäfen haben ihre Kapazitäten, auch durch eine voranschreitende Digitalisierung, massiv ausgebaut. Der Hafen der Seestadt wird sich dieser Entwicklung nicht verschließen können. Dem drohenden Arbeitsplatzabbau muss durch die Ansiedlung neuer Betriebe und durch Qualifizierungsmaßnahmen entgegengetreten werden. Deshalb setzen wir auf eine echte und enge Kooperation der deutschen Seehäfen an der Nordseeküste. Nur gemeinsam haben wir mit unseren individuellen Stärken langfristig eine Chance, uns gegen die Konkurrenz zu behaupten.

Nach dem Scheitern des Offshore-Terminals und dem Verlust der Windkraftindustrie in Bremerhaven muss der Senat Alternativen für die wirtschaftliche Entwicklung der Seestadt aufzeigen.

Stadtbremische Häfen in Landeshäfen umwandeln

Zu oft haben Bremerhaven und sein Hafen in der Vergangenheit negative Schlagzeilen gemacht. Bauwerke versagten und infrastrukturelle Maßnahmen verzögerten sich. Nicht nur schlechte Presse, auch erhebliche Kostensteigerungen und wirtschaftlicher Schaden sind die Folge. Wir fordern ein besseres und verantwortungsbewusstes Management der Hafeninfrastruktur. Das Sammelsurium der Zuständigkeiten muss beendet werden. Die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven müssen in Landeshäfen auf dem Gebiet der Stadt Bremer-

haven umgewandelt werden. Die Situation, dass hoheitliche Flächen einer anderen Stadt innerhalb unserer Grenzen existieren, ist umgehend zu revidieren. Das Hafen-Ressort des Landes befindet sich weit weg vom Herz des Hafens. Deshalb streben wir an, dieses mittelfristig nach Bremerhaven zu verlegen.

Potenziale des Hafens konsequenter nutzen

Wir möchten die Potenziale des Hafens für die Seestadt konsequent nutzen und gezielt fördern. Sei es wieder in der Offshore-Windkraft, der Biotechnologie, Aquakultur, Fischverarbeitung, dem Schiffbau oder Recycling. Alle zukunftssträchtigen Bereiche – von der Forschung bis zur Anwendung – sind in Bremerhaven vorhanden. Dieses Portfolio wollen wir durch sinnvolle Ansiedlungen aufwerten. Auch wasseraffine Produktionsstätten, etwa im Bereich 3D-Druck, sind auf einen Hafenschluss angewiesen. Weitere Chancen, auch für die Werften, liegen in der Entwicklung und Installation klimaneutraler Antriebstechniken. Hier bietet sich eine Kooperation mit der Hochschule Bremerhaven an.

Green-Port Bremerhaven

Die von uns entwickelte Green-Ports-Initiative der bremischen Häfen werden wir weiter unterstützen. Wir setzen uns für alternative Antriebe und den verstärkten Einsatz von Wasserstoff und seiner Alternativen ein, die zu einer Verbesserung der Luftqualität und der Lärmbelastigung der angrenzenden Quartiere führen werden. Bei der Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord hilft ein Förderprogramm des Landes. Direkt nutzbar wäre dies bei neuen Fähren auf der Strecke Bremerhaven-Nordenham.

Klimaschutzziele im Hafen

Hafenausbau, -unterhaltung und -betrieb sind mit erheblichen Emissionen verbunden, die schnellstmöglich verringert werden müssen. Auch für unseren Hafen müssen die Ziele zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes der Klima-Enquete konkret definiert werden. Im Anschluss müssen diese Ziele einem konsequenten Monitoring unterzogen werden. Der Senat muss geeignete Schritte für ambitioniertere Reduktionsziele für Unternehmen und Verwaltung einleiten und realisieren, um Antworten auf neue Herausforderungen zu finden – auch im Hinblick auf die Richtlinien der „Fit for 55“ Richtlinien der EU-Kommission. Der Hafetrieb muss auf den künftigen Bedarf an alternativen Treibstoffen vorbereitet sein. Das gilt auch für den inter-

nen Hafenbetrieb. So müssen etwa Schlepper schnellstmöglich, und zur Steigerung der Wertschöpfung möglichst vor Ort, mit klimaneutralen Antrieben umgerüstet werden.

Der Zusammenbruch der globalen Lieferketten hat unsere Abhängigkeit offengelegt. Neue Transportwege mit anderen Umschlaghäfen und die Rückverlagerung von Produktion haben Konsequenzen, auch für Bremerhaven. Dies müssen wir als Chance begreifen. Küstenschifffahrt und kombinierte Verkehre mit Bahn, Schiff und LKW könnten eine Renaissance erleben. Die Terminalbeteiligungen der großen Reedereien schaffen Hafenumschlag und damit Arbeitsplätze. Wir sind aufgerufen, unsere Abhängigkeit von den großen Reedereien kritisch zu betrachten und strategisch zu entwickeln. Um Abwanderungen der Linienverkehre zu vermeiden, kann dies nur durch eine gemeinsame, (nord-)europäische Strategie geschehen.

Für den Kreuzfahrttourismus fordern wir eine Dekarbonisierung. Der Kreuzfahrttourismus ab und von Bremerhaven hat nur geringe Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfung und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Emissionsbelastung durch die Kreuzfahrtschiffe ist hingegen beachtlich. Wir fordern die kurzfristige Bereitstellung von Landstromanschlüssen.

Bei der Neugestaltung der Columbuskaje und der Planung einer eventuellen neuen Brücke über den Verbindungskanal setzen wir uns für eine Neuansbindung an das Gleisnetz ein.

Hinterlandverkehre ertüchtigen

Die Verweilzeit von Waren innerhalb des Hafens ist in Bremerhaven vergleichsweise hoch. Der Hinterlandverkehr ist unser Nadelöhr, Verzögerungen sind die Regel. Das kostet Zeit, Geld und raubt uns daher ein Stück Wettbewerbsfähigkeit. Infrastruktur und Logistik sind bisher auf LKWs ausgerichtet. Dies belastet die Betriebe, aber vor allem die Menschen in Bremerhaven. Wir möchten die Gleisanbindung durch das sogenannte „dritte Gleis“ leistungsfähiger machen. Wir unterstützen die Beschaffung moderner Loks bei der Hafenbahn und setzen wieder mehr auf das Binnenschiff. Insbesondere das "dritte Gleis" unterstützt das Vorhaben, mehr Volumen im kombinierten Verkehr zu bewegen. Weiterhin möchten wir mit den Terminalbetreibern diskutieren, inwiefern weitere infrastrukturelle Engpässe erkannt wurden und wie wir diese gemeinsam entspannen können.

Anpassung der Fahrrinnen in der Weser

Der vorerst ungebrochene Anpassungsdruck hin zu immer größeren Containerschiffen führt zur geplanten Vertiefung der Außenweser. Vor dem Hintergrund der angestrebten mittel- und langfristigen Hafenkooperation, insbesondere mit dem anteilig dem Land Bremen gehörenden Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, halten wir die Außenweservertiefung für nicht erforderlich. Auch wegen ökologischer Bedenken möchten wir eine Außenweservertiefung vermeiden. In keinem Fall darf eine Außenweservertiefung den Gewässerschutz nach der Wasserrahmenrichtlinie und der Meeresstrategierahmenrichtlinie nachteilig beeinflussen. Die Vertiefung der Unterweser lehnen wir ab.

Tourismus

Bremerhaven lebt vom Tourismus und der Tourismus belebt Bremerhaven. Als wichtiger Wirtschaftszweig mit vielen Arbeitsplätzen gilt es, diesen zu sichern, langfristig zu stärken und innovativ zu denken. 3Havenwelten und Schaufenster Fischereihafen besser verbinden
Die Havenwelten und das Schaufenster Fischereihafen haben sich als touristische Ziele etabliert. Aufgrund der räumlichen Distanz ist es nicht ausreichend gelungen, beide Bereiche miteinander zu verbinden. Wir wünschen uns daher einen dichteren Takt des Hafenerliners in den Ferien und an langen Wochenenden. Zu den Liegezeiten von Kreuzfahrtschiffen möchten wir den Hafenerliner bis zur Columbuskaje verlängern. Den Überseehafen, der ein eigenes touristisches Ziel darstellt, wollen wir durch einen Radrundweg, Infostellen und Aussichtspunkte erlebbarer machen. Besonders unterstützen wollen wir das Klimahaus, das Auswandererhaus und den Zoo am Meer. In Verbindung mit den touristischen Dienstleister:innen schlagen wir die Entwicklung eines Gesamtkonzepts vor, das dazu führt, Besucher:innen länger in der Stadt zu halten.

Touristische Wechselwirkungen nutzen

Um Synergien der touristischen Einrichtungen herzustellen, möchten wir einen „Bremerhaven-Pass“ schaffen. Was in anderen Städten funktioniert, muss auch in der Seestadt möglich sein: Ein Sammelticket, das zum Besuch verschiedener Attraktionen und zur Nutzung des ÖPNV berechtigt. So machen wir den Besuch in Bremerhaven attraktiver, senken die Kosten für Einzelbesuche und generieren gleichzeitig eine höhere Wertschöpfung.
Ein verbundenes Rabattprogramm für den lokalen Einzelhandel und

lokale Attraktionen ist ein weiterer Baustein zur Stärkung des Tourismusstandorts Bremerhaven.

Viele Besucher:innen Bremerhavens sind Tagesgäste, die im Umland ihren Urlaub verbringen. Deshalb müssen wir uns auf touristischer Ebene stärker als Region begreifen. Unser Ziel ist ein gemeinsamer und aufeinander abgestimmter Veranstaltungskalender. Hier werden wir Erlebnis Bremerhaven in die Pflicht nehmen. Die touristische Werbung für Bremerhaven muss ausgeglichen und für alle Gruppen attraktiv gestaltet werden. Zusätzlich sollten die Social Media Kanäle der Seestadt ihre Reichweite erhöhen, etwa durch Influencer:innen oder lokal bekannte Personen.

Grüner Tourismus

Der Tourismus der Zukunft muss ökologisch und nachhaltig sein. Deshalb wollen wir mehr Fahrradleihstationen, Fahrradständer und eine bessere Gestaltung touristischer Radrouten durch die Stadt schaffen. Die gute Erreichbarkeit Bremerhavens mit dem ÖPNV aus den umliegenden touristischen Hotspots und ein attraktives Park & Ride System sind für uns unumgänglich. Außerdem möchten wir im Tourismus stärker auf Barrierefreiheit achten.

Finanzen

Finanzpolitik nachhaltig gestalten

Wir stehen für eine solide, soziale und generationengerechte Finanzpolitik, die verantwortungsbewusst mit dem Geld der Steuerzahler:innen umgeht. Wenn wir heute nicht in die öffentliche Infrastruktur, in unsere Bildungseinrichtungen sowie in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren, werden die Folgekosten die nächste Generation erdrücken. Zugleich braucht Bremerhaven eine nachhaltige und aufgabenkritische Haushaltspolitik. Wir wollen dabei über die Haushaltsmittel der Stadt offen und transparent entscheiden.

Bremerhaven ist keine reiche Kommune. Lange waren wir hoch verschuldet. 2019 hat das Land Bremen unter der Grünen Finanzsenatorin, Karoline Linnert, Bremerhaven alle Schulden abgenommen und dem Land übertragen. Seit dem hat die Seestadt wieder Luft zum Atmen. Durch die Corona-Pandemie musste Bremerhaven neue Schulden aufnehmen, um die außergewöhnlichen Härten für die Bürger:innen unserer Stadt etwas abzufedern. Doch dies war die große

Ausnahme. In den kommenden Jahren muss Bremerhaven seine Einnahmen und Ausgaben in Waage halten. Damit wir auch bei einer knappen Kassenlage finanzielle Spielräume für die Stadt und ihre Menschen bewahren, stehen uns zwei wesentliche Hebel zur Verfügung: Das Land Bremen nimmt einen Kredit von 2,5 Milliarden Euro auf, die in den kommenden vier Jahren in den Klimaschutz investiert werden sollen. Das ist für Bremerhaven eine große Chance. Darüber hinaus muss sich die Haushaltspolitik des Magistrats in Zukunft stärker an aktuellen Bedarfen orientieren. Wir müssen das Geld für Sachen ausgeben, die wir heute brauchen und nicht für mittlerweile überholte Sachen, die vor 20 Jahren beschlossen wurden.

Schuldenbremse und Klimakrise

Das Bundesland Bremen hat sich gegenüber dem Stabilitätsrat auf Bundesebene dazu verpflichtet, seit 2020 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Dies gilt entsprechend für die drei Haushalte des Landes, der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven. Wir stehen zur Schuldenbremse.

Gleichzeitig sieht sich die Stadtgesellschaft mit dem sich weiter verstärkenden Klimawandel einer Gefahr gegenüber, die auch für Bremerhaven existenzbedrohende Auswirkungen entwickeln kann. Die kurzfristige Einleitung kommunaler Maßnahmen zur schnellen Minderung der stadtweiten Kohlendioxidemissionen ist für uns daher alternativlos. Hierzu werden wir neben Bundes- auch Landesgelder, vor allem aus dem vom Senat beschlossenen Klimaschutzprogramm, benötigen. Eine faire und gerechte Aufteilung zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven wird Ziel unserer Politik sein. Darüber hinaus werden wir auch finanzielle Mittel aus dem kommunalen Haushalt benötigen. Bei den derzeitigen Prioritäten im städtischen Haushalt wird es nicht möglich sein, Gelder für kommunale Klimaschutzaktivitäten freizusetzen. Daher streben wir eine andere Prioritätensetzung innerhalb des Haushaltes an. Im Einklang mit dem vom Land erstellten Gutachten und mit Blick auf den Klimawandel wollen wir eine außergewöhnliche Notlage durch die Stadtverordnetenversammlung feststellen lassen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch einen kommunalen Sonderhaushalt für Klimaschutz und Klimaanpassung einrichten können.

Der Klimawandel wird mit seinen gesellschaftlichen, gesundheitlichen und finanziellen Folgen kommende Generationen belasten. Es

ist, auch ökonomisch betrachtet, sinnvoller, sich jetzt mit allen Mitteln gegen den Klimawandel zu stemmen, als später deutlich höhere Kosten zahlen zu müssen, wenn zu zögerliche Schritte unternommen werden. Darüber hinaus hat auch der russische Überfall auf die Ukraine gezeigt, dass eine möglichst schnelle Dekarbonisierung der Energieerzeugung uns unabhängiger von Öl- und Gasimporten macht. Alternative Energien sind kostengünstiger.

Transparente Haushaltspolitik

Eine vorsichtige Haushaltspolitik ist für uns kein Selbstzweck. Sie dient dazu, auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren und Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Weil es in unserer Stadt viele Herausforderungen gibt, wollen wir Geld da einsetzen, wo es den Bremerhavener:innen am meisten dient. Gewohntes muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Nicht jede kommunale Förderung ist unbefristet sinnvoll, wenn sie nicht auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert.

Darum muss der Magistrat seine Haushaltspolitik besser unter den einzelnen Dezernaten abstimmen. Die Zusammenarbeit zwischen der Kämmerei und den jeweiligen fachlichen Haushaltsabteilungen wollen wir an einem aufgabenkritischen Controlling orientieren. Dabei meint Controlling nicht Kontrolle durch die Kämmerei, sondern eine Kooperation, die das Geld dort hingibt, wo es am meisten nützt, und dann prüft, ob die gewünschten Ziele erreicht wurden. Für die einzelnen Dezernate folgt daraus, dass nicht einfach immer mehr Geld für neue Aufgaben gefordert wird, sondern auch aufgabenkritisch in den eigenen Ämtern geschaut wird, ob an anderen Stellen Haushaltsmittel nicht mehr benötigt werden.

Um die Transparenz des Haushaltes zu steigern, wollen wir, dass die Investitionen im Haushalt einzeln ausgewiesen werden. Das erleichtert die parlamentarische Kontrolle und ermöglicht notwendige Schwerpunktdiskussionen.

Bremerhaven hat in der Vergangenheit – gegen GRÜNE Stimmen – viele städtische Aktivitäten in private Gesellschaften ausgelagert. Diese erhalten zum Teil noch große Summen aus dem städtischen Haushalt, ohne dass die Stadtverordneten nachvollziehen können, wie und wofür das Geld letztlich verwendet wird. Wir wollen diese „Privatisierungen“ kritisch prüfen. Die Finanzen der städtischen Ge-

sellschaften müssen politisch besser überprüft werden können. Damit ist auch ein kritischer Blick auf die ihnen übertragenen Aufgaben verbunden. Die Stadtverordneten müssen über die jeweiligen Aufsichtsräte einen besseren Einblick in Gesellschaften und Organisationen mit städtischer Beteiligung erhalten. Wir wollen, dass entsprechende Aufsichtsratsposten sowie Sitze in den Ausschüssen, auch an Oppositionsfractionen vergeben werden.

Finanzbeziehungen mit dem Land

Wir setzen verstärkt auf Kooperation, Transparenz und einheitliche Leistungsstandards in Bremerhaven und Bremen. Dabei muss in Bremen eine strikte Trennung des landes- und des stadtbremischen Haushaltes, im Rahmen der begonnenen Stadt-Land-Trennung der Haushalte, erreicht werden. Dies ist Voraussetzung, damit eine gerechte Mittelverteilung zwischen den drei Haushalten des Landes möglich wird.

Eine starke Einnahmehasis ist für die weitere finanzielle Stabilisierung der Seestadt unverzichtbar. Wir werden streng darauf achten, dass Entscheidungen des Landes, die sich finanziell auf Bremerhaven auswirken, wie von der Landesverfassung vorgesehen, auch vom Land bezahlt werden.

Gender Budgeting

Gender Budgeting hat das Ziel, einen Haushalt so aufzustellen, dass die Gleichstellung der Geschlechter finanzpolitisch gefördert und schließlich erreicht wird. Wir wollen dieses Konzept, das die herkömmliche Art der Haushaltspolitik verändern wird, auch in Bremerhaven anwenden. Zunächst definiert ein Gender-Budgeting-Prozess Gleichstellungsziele und analysiert daraufhin die Einnahmen und Ausgaben im bestehenden Haushalt. Auf dieser Grundlage werden dann Ziele und Wege festgelegt, wie öffentliche Gelder gendergerecht eingenommen und eingesetzt werden können.

Dabei beschränkt sich Gender Budgeting nicht nur auf die Vorabplanung der Ausgaben, also die Haushaltsaufstellung. Es beachtet auch, wie und wofür das Geld in der Praxis ausgegeben wird, also den Haushaltsvollzug. Damit ist Gender Budgeting auch eine Form des Controllings, das mehr Zielgenauigkeit und Transparenz in die Haushaltspolitik bringt.

BILDUNG

Kitas - Gemeinsam spielen und lernen

Kitas sind ein leuchtendes Beispiel für gelingende Inklusion. Was für die Schulen noch viel diskutiert wird, ist in Kindertagesstätten schon seit vielen Jahren gelebte Realität. Wir wollen, dass die Pädagog:innen in den Einrichtungen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für diese wichtige Aufgabe erhalten. Kitas sind nah dran an den Kindern und Eltern. Zahlreiche Probleme im Alltag der Familien kommen auch im Kita-Alltag an. Erzieher:innen und Kita-Leitungen spielen für die Familien eine wichtige Rolle. Wir wollen ihre Kooperation mit der Bildungsförderung, Jugendhilfe und allgemeinen Sozialarbeit stärken. Dafür brauchen die Kitas mehr zeitliche und fachliche Ressourcen.

Angesichts der großen und vielfältigen Aufgaben, die Erzieher:innen und Leitungskräfte täglich bewältigen, haben sie Anspruch auf einen guten Schutz gegen Überlastung. Gerade angesichts des drastischen Personalmangels sind Supervisionen und Qualifizierungsangebote sehr wichtig.

Unterschiedliche pädagogische Ansätze und Betreuungskonzepte sind eine Bereicherung für die Kita-Landschaft in unserer Stadt. Wir begrüßen engagierte neue Ideen in der Kinderbetreuung. Eine Diversifizierung der Trägerlandschaft im Bereich der Kindertagesstätten kann hier neue Impulse setzen. Dies ist zum einen für Kinder und Familien wichtig. Denn eine große Bandbreite an pädagogischen Ansätzen ist gut für die Kinder, die sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Fortschrittliche Konzepte können zum anderen ein Anreiz für Fachkräfte sein, sich in Bremerhavener Kitas zu bewerben.

Der Bildungserfolg der Kinder hängt maßgeblich von ihren Sprachkenntnissen ab. Darum ist die Sprachförderung in den Kitas wichtig für den Start der Kinder auf ihrem Bildungsweg. Wir brauchen dringend eine fachliche Evaluation der aktuellen Sprachförderung. Sie muss uns zeigen, wie wir die Qualität der Sprachförderung noch steigern können und welche Mittel wir dafür bereitstellen müssen.

Kita-Ausbau und Fachkräftegewinnung

Unsere Stadt wächst zurzeit. Doch der Zuwachs stellt uns auch vor große Herausforderungen. Im Bereich der Kinderbetreuung ist die

schnelle und bedarfsdeckende Schaffung neuer Plätze, insbesondere im Bereich von 0-3 Jahren, die wohl größte der zahlreichen Herausforderungen. Der Ausbau der Kindertagesstätten muss deshalb zügig und verlässlich fortgesetzt werden.

Die Schaffung neuer Einrichtungen allein löst das Problem nicht, solange es in Bremerhaven nicht genügend Erzieher:innen und pädagogische Fachkräfte gibt. Angesichts der hohen Ansprüche an den Bildungsauftrag der Kitas müssen die Kita-Gruppen auf 20 Kinder begrenzt bleiben. Darum brauchen wir dringend mehr qualifiziertes Personal und einen Mix der Professionen.

Wir wollen die aktuellen Ausbildungskapazitäten ausbauen und dabei bestehende Barrieren beseitigen. Langfristig wollen wir, dass die Ausbildung von Erzieher:innen kostenneutral für die Auszubildenden ist. Dabei wollen wir uns am Vorbild der dualen Ausbildung orientieren, mit kontinuierlichen Praxisanteilen und einer Ausbildungsvergütung. Kurzfristig ist ein Stipendienprogramm für Auszubildende zur Erzieherin beziehungsweise zum Erzieher ein wichtiges Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Das Projekt „PiAb“ (Praxisintegrierte Ausbildung, berufsbegleitend) wird seit 2021 als dreijähriges praxisintegriertes Modellprojekt durchgeführt. Die Umsetzung wollen wir eng begleiten, die Ergebnisse evaluieren und es, wenn es gut funktioniert, unbedingt weiterführen. Die Stadt sollte außerdem auch künftig Fachkräfte anwerben.

Barrierefreie Spielplätze

In Bremerhaven gibt es nur sehr wenige Möglichkeiten für Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zu spielen. Dabei beginnt gelebte Inklusion genau hier, in der Kindheit. Für eine vorurteilsfreie Stadtgesellschaft müssen wir genau solche Zusammenkünfte unterstützen. Ein wesentlicher Ort dafür sind Spielplätze. Hier können früh prägende Begegnungen stattfinden. Deshalb wollen wir Spielplätze beim Bau und bei der Modernisierung barrierefrei gestalten und inklusiv nutzbare Spielgeräte installieren lassen. Für die inklusive Gestaltung von Spielräumen wollen wir Leitlinien entwickeln. Dies soll integraler Bestandteil der kommunalen Spielleitplanung und finanziell im Haushalt abgesichert werden. Investor:innen, die bei der Entwicklung von Wohnquartieren Spielflächen anlegen müssen, werden wir beim Bau inklusiver Spielplätze beraten.

Schule

Auch für die Schüler:innen in unserer Stadt waren die Jahre der Pandemie eine riesige Herausforderung. Sie mussten viele Einschränkungen hinnehmen. Besonders ihre Bildungsbiografien wurden, wenn nicht unterbrochen, so doch in vielen Fällen stark gestört. Bereits vor der Pandemie hatte unser Bildungssystem ein Gerechtigkeitsproblem, bundesweit. In Bremerhaven ist dieses Problem in besonderer Weise wirksam. Der individuelle Bildungserfolg hängt in unserer Stadt in besonderem Maße mit der sozialen Herkunft der Schüler:innen zusammen. Die Corona-Pandemie hat diese Ungleichheit zusätzlich verfestigt. Benachteiligte Kinder wurden in Bremerhaven während der lockdownbedingten Schulschließungen schlechter oder auch gar nicht von ersetzenden Lernangeboten erreicht.

Nachholangebote allein können diese Lücken nicht schließen und soziale Rückschritte in der psychosozialen Entwicklung sind noch schwieriger zu erkennen und auszugleichen. Wir betrachten es als unsere gesellschaftspolitische Verantwortung, Kindern und Jugendlichen gerechte Bildungschancen und Teilhabe zu ermöglichen. Erschwert wird dies durch den dauernden Unterrichtsausfall, der auch unter normalen Bedingungen das gemeinsame Lernen beeinträchtigt. Hier müssen wir die Möglichkeiten als einzige Kommune in Deutschland mit kommunalen Lehrer:innen konsequent nutzen, um gemeinsam mit dem Land schrittweise die Bedingungen zu verbessern. Gute Konzepte, dem Fachkräftemangel zu begegnen, sind wichtig, da es Jahre brauchen wird, den Mangel an Fachkräften zu beheben.

Inklusion

Wir stehen mehr denn je zum Prinzip der Inklusion. Jedes Kind soll und muss die Unterstützung erhalten, die es zum Lernen braucht. Denn Inklusion bedeutet nicht, das Gleiche für alle. Es bedeutet jedes Kind wird nach individuellen Bedürfnissen unterstützt. Die Schulen in herausfordernden Lagen brauchen dafür zusätzliche Mittel und zusätzliches Personal, nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern auch Gesundheitsfachkräfte, Schulsozialarbeiter:innen, Schulpsycholog:innen oder Heilerziehungspädagog:innen. Hier werden wir für die Verstetigung der entsprechenden Projekte sorgen.

Personalentwicklung

Die bestehenden Instrumente der Personalentwicklung müssen weiterhin genutzt und neue Wege beschritten werden. Wir begrüßen

insbesondere Ansätze wie Qualifizierungsprogramme für Quer- und Seiteneinsteiger:innen. Gleichzeitig setzen wir uns auf Landesebene für eine leichtere Übernahme ausländischer Lehrkräfte in den Schuldienst durch entsprechende Qualifizierung und im Bereich des pädagogischen Unterstützungspersonals ein. Wir wollen prüfen, ob wir die Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger:innen ausweiten können, etwa für berufserfahrene Personen mit Hochschulabschlüssen, die bisher als nicht ausreichend qualifiziert angesehen werden.

Die Fortführung sowie den weiteren Ausbau des Bremerhavener Stipendienprogramms für Lehramtsstudierende sehen wir hier als ein Kernstück künftiger Fachkräftegewinnung. Doch auch die Stärkung multiperspektivischer und -professioneller Zusammenarbeit an den Schulen können die Lehrkräfte von sozialer Arbeit entlasten. Darum setzen wir uns dafür ein, regelmäßige Teamstunden für Supervision und kollegiale Beratung zu etablieren. Dies könnte eine besondere Stärke Bremerhavener Schulprofile werden, die Fachkräfte begeistern können. Besonders in den Schulen im sozialen Brennpunkt gibt es einen extremen Fachkräftemangel. Die Lehrkräfte sollten hier mehr Entlastungsstunden zum Beispiel für Klassenleitungen erhalten. Neben der Fachkräftegewinnung ist es erforderlich, die bereits im Bremerhavener Schulsystem tätigen Lehrkräfte zu halten. Um ihre Zufriedenheit zu fördern, wollen wir mit ihnen zusammen weitere Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung ihrer Situation entwickeln.

Angehende Lehrkräfte aus Bremerhaven und dem Umland müssen nach Bremen, Oldenburg oder Vechta pendeln. Viele verlassen daher die Region. Um diese Studierenden in Bremerhaven zu halten, wollen wir prüfen, ob die Universität Bremen in Kooperation mit der Hochschule Bremerhaven bestimmte Lehrveranstaltungen im Lehramtsstudium in Bremerhaven anbieten kann.

Unterrichtsverpflichtungen von Lehrer:innen angleichen

Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung im Land Bremen ist höher als in Niedersachsen. Zugleich sind die Anforderungen an Lehrkräfte in vielen Bremerhavener Schulen sehr hoch. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften in Schulen mit hohem Sozialindex reduziert wird. Dadurch wird mehr Zeit für Kooperation mit Eltern, Schulentwicklung und professionellen Hilfsangeboten ermöglicht. Außerdem wollen

wir an Schulen mehr Räume für Mitarbeiter:innen einrichten, die sie für die Vor- und Nachbereitung ihrer Arbeit sowie für Entspannungs- pausen nutzen können.

Digitalisierung

Alle Schulen und auch Kitas müssen möglichst schnell mit daten- schutzkonformer und zukunftsreicher digitaler Ausstattung ver- sorgt werden. Eine flächendeckende Ausstattung mit Tablets genügt nicht, wenn Lehrer:innen und pädagogische Mitarbeiter:innen nicht die notwendigen Kompetenzen haben, digitale Lernmittel auch er- folgreich im Unterricht einzusetzen. Lehrer:innen und Erzieher:innen müssen sich im Bereich digitaler Bildung zügig und kontinuierlich durch entsprechende Angebote fortbilden können.

Es ist wichtig, dass alle Schulen die gleichen digitalen Voraussetzungen haben. In vielen Schulen der Sekundarstufe I gibt es bis auf Ta- blets keine weiteren im Unterricht nutzbaren digitalen Medien. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Schulen in Bremerhaven eine vergleichbare Ausstattung erhalten.

Schule weiterentwickeln

Schulen sind wegweisende Orte für Kinder und Jugendliche und sie sind lokale Zentren unserer Stadtgesellschaft. Wir möchten Schulen bei der Vernetzung mit anderen Einrichtungen und Akteur:innen in den Stadtteilen unterstützen. Ein Schwerpunkt hierbei soll die Nut- zung außerschulischer Lernorte sein. Besonders wichtig ist uns dabei die nachhaltige Vermittlung von Klima- und Umweltschutz.

Damit Bildungseinrichtungen den Kindern und Jugendlichen wie Lotsen zur Seite stehen können, müssen sie an den jeweiligen Über- gängen eines Lernorts zum anderen gut zusammenarbeiten. Darum unterstützen wir die Schaffung von Schulverbänden, von Kitas und Grundschulen, Grundschulen und Oberschulen, Oberschulen und gymnasialen Oberstufen beziehungsweise Berufsbildenden Schulen. Wir wollen die bestehenden Erfahrungen auswerten und für andere Schulen nutzen.

Wenn eine Schule zur Ganztagschule wird, braucht sie mehr Perso- nal, mehr Räume, eine Mensa und weitere Ausstattung. Für uns ist klar, dass diese Bedingungen mit Beginn des Ganztagsschulbetriebs zur Verfügung stehen müssen. Wir wollen die Kooperation von Schu-

len mit außerschulischen Partner:innen wie Kultureinrichtungen, Jugendverbänden, Betrieben oder Vereinen ausbauen. Dies ist gerade für die Qualitätsentwicklung an Ganztagschulen wichtig.

Ein Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern muss auch in der Ferienzeit gelten. Gerade Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten, ihre Kinder während der rund 12 unterrichtsfreien Wochen unterzubringen. Eine verlässliche Ferienbetreuung an den Grundschulen muss Eltern und Kinder entlasten. Hierbei handelt es sich um ein wichtiges pädagogisches wie sozialpolitisches Projekt, das in Angriff genommen werden muss.

Um der zukünftigen Digitalisierung vieler Lebensbereiche gerecht zu werden, ist ein durchgängiges Bildungsmonitoring von der Kita bis zum Schulabschluss erforderlich. In diesem Zusammenhang wollen wir den Bremerhavener Schulentwicklungsplan auch mit externer Begleitung weiterentwickeln.

Berufsbildende Schulen

Damit wir die hohe Qualität unserer Berufsbildenden Schulen weiterhin gewährleisten können, müssen wir ihre personelle Ausstattung erhalten. Hierzu gehört auch der Schulentwicklungsplan für den Bereich der Berufsbildung. Dieser sollte in enger Kooperation mit den Schulen, aber auch mit außerschulischen Akteur:innen erarbeitet werden. Der Idee von Schul- und Bildungsverbänden folgend, sollten sich auch die Berufsbildenden Schulen noch stärker mit anderen Schulen, aber auch mit der Jugendberufsagentur, vernetzen. Unser zentrales bildungspolitisches Ziel ist es, möglichst allen jungen Menschen in Bremerhaven einen Schulabschluss zu ermöglichen, der ihnen im Leben weiterhilft.

Lernen, ein Leben lang

Wir unterstützen und fördern die Erwachsenenbildung in Bremerhaven. Vor dem Hintergrund einer sich stark verändernden Gesellschaft ist es notwendig, einen Rahmen für entsprechende Orientierungen und Lernangebote zu bieten – unabhängig von Bildung, Herkunft, gesundheitlicher Situation oder Alter. Dabei sind uns interkulturelles Leben, Diversität und Inklusion wichtig.

Junge Menschen

Freiräume schaffen

Bremerhaven hat schöne Orte, an denen sich junge Menschen treffen können – etwa den Deich, die Freizeithäuser oder das Beet auf dem Zoll. Die Seestadt braucht mehr solcher Treffpunkte. Schulhöfe und Spielplätze dürfen ab 20 Uhr nicht mehr betreten werden. Die Stadtbibliothek ist sehr attraktiv, allerdings ist der Aufenthalt dort Regeln unterworfen, weshalb sich viele Jugendliche dort nicht wohlfühlen. Junge Menschen brauchen Orte, die nicht rund um die Uhr von Erwachsenen beobachtet werden. Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere oder bei Großprojekten wie der Stadthalle sollten im Außenbereich überdachte, geschützte Aufenthaltsmöglichkeiten mitgeplant werden. Ebenso brauchen wir, gerade für die kältere Zeit, mehr Innenräume, in denen sich Jugendliche treffen, zusammen lernen und sich sicher fühlen können. Um die Bedürfnisse junger Menschen zu erfüllen, müssen solche Räume gemeinsam mit Jugendlichen geplant und gestaltet werden.

Mehr politische Beteiligung junger Menschen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft einer jeden (Stadt-)Gesellschaft, das Fundament der Demokratie von Morgen. Sie interessieren sich für Politik, sie wollen und können ihr Leben kompetent und selbstbestimmt mitgestalten. Deshalb wollen wir das Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 14 Jahre absenken und junge Menschen ab diesem Alter auch an den Auslosungsverfahren für die von uns geplanten Bürgerräte beteiligen. Die Teilhabe an Politik beginnt in der Kommune. Je früher Menschen erleben, dass sie politisch wirksam sind, desto stärker identifizieren sie sich mit der Demokratie und ihrer Stadt.

Damit diese Demokratie nicht wackelt, sondern bei allen ökologischen, sozialen, kommunalen wie globalen Herausforderungen stabil bleibt, müssen wir jungen Menschen die Möglichkeit geben zu lernen, „wie Demokratie geht“. Dafür müssen sie Einfluss nehmen können auf ihre städtische Lebenswelt. Und das bedeutet: Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen. Es ist sehr gut, dass das Jugendparlament mit finanziellen Ressourcen ausgestattet ist. Damit sich die jungen Menschen auch wirklich in die Kommunalpolitik einbringen können, sollten sie Frage- und Antragsrechte für die Stadt-

verordnetenversammlung und ihre Ausschüsse erhalten. Nach zwei Jahren wollen wir gemeinsam mit den jungen Menschen prüfen, ob die personelle Unterstützung und die gewählten Mittel die Erwartungen erfüllt haben.

Wir stehen hinter den weiteren Gremien der jugendlichen politischen Partizipation, wie der Jugendkonferenz, den Schüler:innen-Vertretungen oder dem Jugendklimarat. Auch das Bundesprogramm Demokratie leben! hilft unserer Kommune, Projekte zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention umzusetzen. Das angegliederte Jugendforum können Jugendliche führen und dort niedrigschwellig Anträge zur finanziellen Förderung von eigenen Projekten einreichen. Die von den Jugendlichen und Kindern dort erarbeiteten Perspektiven, Ideen und politischen Forderungen sehen wir als wichtigen Input zur Weiterentwicklung unserer jugendpolitischen Arbeit. Wir sehen in ihnen Gremien, die eine Arbeit des Jugendparlaments bereichern können. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen findet in der Verwaltung zunehmend Akzeptanz. Wir wollen gemeinsam mit der Verwaltung daran arbeiten, die Umsetzung dieser Beteiligung mit den jungen Menschen noch zu verbessern.

Hochschule in Bremerhaven massiv stärken

Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Bremerhaven ist sehr vielseitig. Die Hochschule nimmt hier eine zentrale Stellung ein. Ziel muss es sein, dass Bremerhaven als Oberzentrum für die gesamte Region Wissensressourcen entwickelt und bündelt. Die Bremerhavener Hochschule plant, die Studienplätze in den nächsten Jahren auf mindestens 5.000 zu erhöhen. Dies werden wir fördern und unterstützen. Dabei ist uns neben dem Ausbau der bestehenden Studiengänge vor allem die Einrichtung und Stärkung von Masterstudiengängen wichtig. Damit entstehen neue Synergien für unsere Stadt: Studierende bauen mehr soziale Verbindungen und Vernetzungen in der Stadt auf und bleiben nach ihrem Studium eher in Bremerhaven und der Region.

Im Zuge des Hochschulausbaus werden in Bremerhaven neue Studiengänge in den Sozial- und Gesundheitswissenschaften aufgebaut. Dabei legen wir Wert darauf, dass die Standards hinsichtlich Qualität und finanzieller Ausstattung anderer Hochschulen im Land Bremen

auch in Bremerhaven gelten. Neue Studiengänge wie der zu Sozialer Arbeit wirken durch Vernetzungen, Beratungen oder Debatten tief in eine Stadtgesellschaft hinein. Sie bringen viele Menschen mit neuen Ideen und Plänen in die Stadt.

Damit die Hochschule als Leuchtturm der Stadt fungieren kann, müssen wir bisher ungenutzte Potenziale nutzen, etwa die Ergebnisse studentischer Forschung und den Wissenstransfer deutlicher hervorheben. Dafür werden wir, gemeinsam mit der Hochschule, nach Lösungen suchen. Wir möchten, dass die Hochschule in Zukunft die erste Ansprechpartnerin für ortsansässige Unternehmen zur Lösung technischer und betriebswirtschaftlicher Probleme sein kann.

Forschungsinstitute

Mit der Ansiedelung des Thünen-Instituts hat sich Bremerhaven zusammen mit den bereits ansässigen Forschungsinstituten, wie dem Alfred-Wegener-Institut oder dem IWES, langfristig als ein Zentrum der nationalen und internationalen Klimaforschung etabliert. Grüne Politik tritt dafür ein, dass Bremerhaven diese Kompetenzen auf Weltniveau viel stärker für kommunale Maßnahmen in Klimaschutz und Klimaanpassung nutzt, zum Beispiel in der Verkehrsplanung, Stadtentwicklung oder Bildungspraxis. Wir wollen den Bremerhavener Klimastadtprozess stärken, indem wir Wissenschaftler:innen in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung einladen, die Verwaltung mit den Instituten vernetzen und mit Hilfe der wissenschaftlichen Expertise ein Klima-Controlling für Bremerhaven aufbauen. Es geht uns um eine praktische Zusammenarbeit, die den enormen Sachverstand dieser Institute als Bereicherung für unsere Stadt erkennt und nutzt.

Gleichberechtigung in MINT-Bereichen fördern

In den MINT-Berufsfeldern, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sind Frauen unterrepräsentiert. Gerade an einem Wissenschaftsstandort wie Bremerhaven verschenken wir dadurch viel Potenzial. Wir werden Programme unterstützen, die Interessen von Mädchen und Frauen fördern, ihnen den Zugang zu dem MINT-Bereich erleichtern und Berufschancen aufzeigen. Außerdem möchten wir Netzwerke fördern, die den Austausch von bereits im MINT-Bereich tätigen Frauen ermöglichen.

Vereine unterstützen, Sport stärken

Sport ist gesund, sozial und vor allem macht er glücklich – so glücklich, dass knapp 25.000 Menschen in Bremerhavener Sportvereinen aktiv sind. Durch die Corona-Pandemie wurden viele Vereine allerdings hart getroffen. Jetzt werden sie durch steigende Energiekosten zusätzlich belastet. In dieser schwierigen Situation werden wir die Vereine nicht im Stich lassen und sie im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten stützen, so wie wir es auf Landesebene mit dem Grünen Sportressort gemacht haben. Zudem gibt es auf Landes- und Bundesebene Programme zur energetischen Sanierung, die unseren Sportvereinen helfen können. Einen Fokus legen wir darauf, dass die städtischen Sportanlagen, wo immer möglich, mit Photovoltaik und einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausgestattet werden.

Die Sanierung oder gar der Neubau von Sportstätten – von der Turnhalle bis zum Volleyballfeld – kostet viel Geld. Wir halten nichts von kurzfristigen leeren Versprechen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Stadtsporthund und den Vereinen eine stadtteilbezogene Kapazitätsanalyse auf den Weg bringen. Damit schaffen wir eine langfristige Planungsgrundlage für die Entwicklung der Bremerhavener Sportstätten.

Sport spielt eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir unterstützen den organisierten und nicht-organisierten Sport dabei, weitere Präventions- und Antidiskriminierungskonzepte zu erstellen, um die gesellschaftliche Vielfalt zu fördern. Homophobie, Rassismus oder die Stigmatisierung von Menschen mit wenig Geld sind Alltagsphänomene, denen wir gerade im Sport wirksam entgegentreten können. Wir wollen zudem konkrete Angebote für Menschen mit Behinderungen besonders fördern.

Wir wollen Schule und Sport besser vereinbaren. In den Kitas haben Kinder viel Zeit zum Klettern, Rennen und Spielen. Im Land Bremen, vor allem in Bremerhaven, wurden anerkannte Bewegungskindergärten über den Bremer Turnverband und den Landessportbund Bremen eingeführt. In den Schulen gibt es leider kein solches Konzept. Hier dominiert der Lernalltag, in dem Bewegung nur zu bestimmten Zeiten möglich ist. Zudem bieten viele Schulhöfe dafür nur begrenzten

Raum. Damit Kinder aus Ganztagsgrundschulen leichter in Vereinen Sport treiben können, werden wir Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen unterstützen. Entscheidend ist es, den Übergang von der Schule zum Vereinssport zu erleichtern. Bremerhaven hat mit dem 2018 eingeführten Modell „Schulschwimmen intensiv“ sehr gute Resultate erzielt. Wir wollen dieses Programm fortführen.

Die finanzielle Unterstützung verschiedener Organisationen im Profisportbereich werden wir kritisch und differenziert vor dem Nutzen für die Stadt und ihre Bürger:innen prüfen und gegebenenfalls anpassen.

Sport im öffentlichen Raum

Außerhalb der Sportvereine soll der Sport für alle Bürger:innen in Bremerhaven attraktiver und leichter zugänglich werden. Hier kann Bremerhaven von anderen lernen. In Bremen gibt es beispielsweise den Sportgarten e.V. - ein autonomer und nichtkommerzieller Ort, der für und von Jugendlichen geschaffen wurde. Er bietet Plätze und Anlagen für viele Sportarten, aber auch betreute Angebote für Kinder und Jugendliche. Auch in der Gemeinde Loxstedt wurde eine große Sport- und Freizeitanlage geschaffen, auf der viele Sportbereiche, zum Beispiel für Kraftsport oder Skaten, frei zugänglich sind. Wir wollen eine vergleichbare Anlage an einem zentralen Ort in Bremerhaven errichten, beispielsweise in der Nähe zum Stadthallengelände direkt an der Geeste oder auf den Freiflächen am Schifffahrtsmuseum.

Zudem sind Orte für Spiel, Spaß und Sport in den einzelnen Stadtteilen wichtig. Im öffentlichen Raum wie im Speckenbütteler Park oder Bürgerpark, an Laufstrecken, Trainingsparcours oder Schulhöfen – es gibt in Bremerhaven viele öffentliche Orte, die sich für Sport und Spiel eignen. Diese Infrastruktur werden wir pflegen und weiter ausbauen. Solche Plätze sind frei zugänglich und somit ein niedrigschwelliges Angebot, das gerade für Kinder und Jugendliche attraktiv ist. Sie, aber auch Erwachsene, können sich hier wohnortnah bewegen und entspannen. Sollte dies teilweise mit einem erhöhten Geräuschpegel einhergehen, muss eine Stadtgesellschaft hier einen Ausgleich finden, der alle Interessen berücksichtigt. Parks und öffentliche Flächen wollen wir mit Beachvolleyballfeldern, Tischtennisplatten, Slackline-Pfeilern und weiteren Anlagen für Trend- und Freestyle-Sportarten attraktiver machen.

Wir setzen uns ein für diskriminierungsfreie Bekleidungs-Ordnungen bei Sport und sonstigen Freizeitaktivitäten im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel Schwimmbädern. Niemand darf wegen seines/ihrer Geschlechts verpflichtet werden, mehr oder weniger Kleidung zu tragen als Angehörige eines anderen Geschlechts.

Baden im Freien

Das Freibad Grünhöfe ist eine sehr wichtige Freizeitanlage zum Wohl der Bürger:innen, die wir unbedingt erhalten wollen. Wie alle Sportstätten hatte auch das Freibad in den letzten Jahren viele unvorhersehbare Schwierigkeiten zu bewältigen. Wir werden im engen Austausch mit dem Förderverein den Betrieb des Freibades finanziell absichern.

Nach dem Hausrecht der Bädergesellschaft Bremerhaven ist Baden im Weserstrandbad verboten. Dagegen wäre das Baden an Badestellen der Weser nach dem Bremischen Wassergesetz "auf eigene Gefahr" möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, das Schwimmen im Bereich des Weserstrandbades auf eigene Gefahr zu ermöglichen. Mit Blick auf die geplante Badelagune wollen wir prüfen, wie die Sicherheit für Badegäste am Weserstrandbad noch verbessert werden kann.

BREMERHAVEN GEMEINSAM GESTALTEN

Demokratie und Gleichberechtigung

Die letzten Monate und Jahre haben gezeigt, dass sich das Engagement von Bürger:innen lohnt. Neue Aue, Reinkenheider Forst, Ackmann. Dabei handelt es sich oft um Bürgerinitiativen, die sich aus Protest gründen. Wir glauben, dass mancher Protest nicht nötig gewesen wäre, wenn sich Politik und Verwaltung vorab um mehr Bürgerbeteiligung bemüht hätten. Bürgerbeteiligung ist gelebte Demokratie. Es reicht nicht, alle vier Jahre zur Wahl aufzurufen. Für die Menschen in unserer Stadt brauchen wir mehr und bessere Möglichkeiten, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Wir möchten Bürger:innen deutlich früher als bisher in Entscheidungsprozesse einbinden. So begegnen wir einer zunehmenden Politikverdrossenheit, die zu einer immer größeren Gefahr für unsere Demokratie wird. Ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung sollen geloste Bürgerräte werden. Hierzu zählen wir außerdem eine bessere Einbindung der Stadtteilkonferenzen in Planungsprozesse des Magistrats.

Bürgerbeteiligung und Feedback

Bürgerbeteiligung bedeutet auch, dass Bürger:innen mit ihren Anregungen die Verwaltung im Alltag schnell und einfach erreichen. Wir möchten das zentrale Beschwerdemanagement in Bremerhaven durch ein transparentes Rückmeldesystem (Ticketsystem) erweitern: Jede Eingabe erhält eine Bearbeitungsnummer. Mit dieser Nummer können die Bürger:innen per App, Internet, Telefon oder Brief den Bearbeitungsstatus ihrer Vorschläge nachverfolgen. Sie erhalten also Rückmeldungen, dass ihr Anliegen eingegangen ist, wie es gerade bearbeitet wird oder mit welchem Ergebnis die Bearbeitung abgeschlossen wurde. Egal ob es um wilden Müll, Gefahren im Radverkehr oder defekte Ampelanlagen geht, wer dem Beschwerdemanagement Verbesserungsvorschläge macht, soll nachverfolgen können, wie die Stadt damit umgeht. Dadurch kann die Kompetenz der Bevölkerung genutzt werden, abseits von offiziellen Anträgen und Bürgerinitiativen gegen Vorhaben der Stadt.

Hürden der Bürgerbeteiligung senken

Mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden können Bremerhavener:innen direkten Einfluss auf die Politik nehmen. Wir wollen die

rechtlichen Grundlagen für solche Initiativen verbessern, zum Beispiel durch die Senkung der Quoren, die darüber entscheiden, ob ein Bürgerbegehren gültig ist. Neben der Klärung und Vereinfachung der Regeln für ein Bürgerbegehren muss Bremerhaven eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung aufbauen. Sie soll alle Beteiligungsprozesse professionell begleiten, eine neutrale Ansprechpartnerin für die Bürger:innen sein und für faire Verfahren sorgen. So soll sie zum Beispiel dafür sorgen, dass den Initiator:innen eines Bürgerbegehrens geholfen wird, die Finanzierbarkeit ihrer Initiative formell richtig zu belegen.

Bürgerhaushalt

Es ist unser Ziel, in den nächsten Jahren einen Bürgerhaushalt in Bremerhaven einzuführen. Bürgerhaushalt bedeutet: Die Menschen verfügen vor Ort über gewisse öffentliche Mittel, die sie eigenverantwortlich, offen und transparent verwenden können. Ein Bürgerhaushalt gibt den Bremerhavener:innen die Gelegenheit, an der Ausrichtung der Haushaltspolitik mitzuwirken und Geld sinnvoll für Bremerhaven zu investieren. Ansätze dieser Idee finden sich bei den WiN-Mitteln, die gezielte Projekte der Menschen in den Stadtteilen fördern. Allerdings geht es bei Bürgerhaushalten darum, dass die Menschen nicht nur Geld beantragen, sondern auch bewilligen können. Wir wollen zusammen mit den Bürger:innen ein passendes Modell für unsere Stadt entwickeln.

Ehrenamt stärken

Das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Bremerhaven unterstützt den sozialen Zusammenhalt in der Kommune und muss entsprechend gewürdigt und gefördert werden. Bremerhaven profitiert im hohen Maße von seinen Bürger:innen in Sportvereinen, (Jugend-) Verbänden, der Seniorenarbeit, in Kirchen oder Umweltsorganisationen. Seit einigen Jahren wird dieses ehrenamtliche Engagement durch eine Ehrenamtskarte der Länder Bremen und Niedersachsen anerkannt. Ehrenamtliche können diese Karte nutzen und verschiedene Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Wir möchten gemeinsam mit der Freiwilligenagentur dafür sorgen, dass diese Karte noch bekannter und attraktiver wird.

Reform der Stadtverfassung prüfen

Die von der SPD-CDU-FDP-Koalition vorgeschlagene Reform der Stadtverfassung, die wir GRÜNE um einige Ideen bereichert haben, ist

an rechtlichen Bedenken des Bremer Senats gescheitert. Wir wollen nun prüfen, ob beziehungsweise wie eine Reform der Verfassung dennoch möglich ist. Dabei setzen wir auf eine breite öffentliche Debatte darüber, wie wir Politik und Verwaltung transparenter und effektiver gestalten können und zugleich den Willen der Bürger:innen gut repräsentieren und ihnen mehr Mitwirkung ermöglichen. Seit ihrer Annahme 1947 hat es keine derart tiefgreifenden Veränderungen der Bremerhavener Verfassung gegeben. Darum setzt solch eine Arbeit die engagierte Beteiligung der Parteien und der Stadtgesellschaft voraus – nicht zuletzt, damit wir mit einer breiten Unterstützung die Verhandlungen mit dem Land Bremen erneut aufnehmen könnten.

Die von uns GRÜNEN bei der Diskussion über die Verfassungsreform eingebrachten Ziele wollen wir so schnell wie möglich umsetzen. Dabei geht es vor allem um die Leitung der Ausschüsse durch Stadtverordnete, die Absenkung von Beteiligungs- und Zustimmungsquoren bei der direkten Bürgerbeteiligung, die Einführung eines transparenten Registers für Magistratsbeschlüsse und die Einführung von gesteuerten Bürgerräten.

Frauen

Wir setzen uns seit unserer Gründung für eine geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft ein, in der alle die gleichen Chancen haben, sowie Zeit, Macht und Geld gerechter verteilt sind. Geschlechtergerechtigkeit ist unverzichtbar für eine Demokratie, sie zieht sich durch alle Politik- und Lebensbereiche.

Frauen sind in der Politik, gerade in der Kommunalpolitik, weiterhin unterrepräsentiert. Ein Blick auf die Zusammensetzung des Bremerhavener Magistrats zeigt das leider nur zu deutlich. SPD, CDU und FDP haben keine einzige Frau hierfür benannt. Die Erfahrung zeigt: Frauenförderung funktioniert bis heute leider nicht ohne Quoten. Deshalb wollen wir verbindliche Frauenquoten und setzen sie dort um, wo wir Einfluss nehmen können. Denn die Forderung nach Frauenquoten wirkt auch da, wo diese noch nicht durchsetzbar sind.

Die Frauenbewegung hat schon viel erreicht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel: Frauen sind noch immer unterrepräsentiert in Parlamenten und Führungsebenen, erhalten weniger Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, sind besonders von (Alters-)Armut betroffen,

werden häufiger Opfer von Sexismus und leisten immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist in Bremerhaven nach wie vor ein aktuelles Problem. Prävention, Sanktion und Überwindung von geschlechterspezifischer Gewalt, ob im öffentlichen oder privaten Raum, bleiben wichtige Themen. Wir wollen das eigens aus diesem Grund aufgebaute Hilfesystem weiterentwickeln und finanziell besser ausstatten.

Queer leben

Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur die Frage der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Darum kämpfen wir gemeinsam mit Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans*, inter*, pan, nicht-binären und queeren Menschen (LSBTIQ*) dafür, dass alle selbstbestimmt und angstfrei leben können. Diversität ist längst alltäglich in unserer Stadt und dennoch fand im Jahr 2022 der CSD zum ersten Mal auch in Bremerhaven statt. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zum Alltag. Wir wollen queeres Leben und die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft stärken, indem wir das Angebot von niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Selbsthilfe, Koordination, Kinder-, Jugend- und Seniorarbeit ausbauen.

Wir werden das Engagement der queeren Community unterstützen und queere Projekte gezielt bei Gründung und Umsetzung auch finanziell unterstützen. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*.

Antidiskriminierung in der kommunalen Verwaltung

Die Menschen in unserer Stadt dürfen nicht diskriminiert werden. Deshalb unterstützen wir die Verwaltung dabei, eine Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einzurichten und angemessen auszustatten. Personen mit Führungsverantwortung sollen verpflichtende Antidiskriminierungs-Schulungen erhalten und allen Mitarbeitenden die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen ermöglicht werden. Dies gilt gleichermaßen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

Sicherheit und Katastrophenschutz

Ein positives Sicherheitsgefühl ist ein elementarer Teil unseres Gemeinwesens. In unserer Stadt können wir sicher leben. Verantwortlich dafür ist die gute Arbeit unserer kommunalen Polizei und Feuerwehr. Belegt wird dies durch die Kriminalstatistik. Das Ziel unserer GRÜNEN Politik ist es, dass sich alle Menschen frei und sicher in der Öffentlichkeit bewegen können. Wir möchten nicht, dass sich unsere Bürgerrechte einem allumfassenden Sicherheitsversprechen unterordnen müssen. Der freiheitliche Rechtsstaat hat für uns höchste Priorität.

Frei und sicher in Bremerhaven leben

Wir stehen für bürgernahe innere Sicherheit mit Vernunft und Augenmaß. Wir wollen, dass die bestehenden Gesetze konsequent angewandt werden. Dafür brauchen wir in Bremerhaven eine motivierte, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei und Feuerwehr, die auch angemessen finanziert wird. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Zahl der Polizeikräfte in der Seestadt zunächst auf 560 Beamt:innen aufgestockt wird. Perspektivisch sehen wir 580 als angemessene Zielzahl und werden die Landespolitik dazu anregen, dafür einen entsprechenden Aufbaupfad zu entwickeln.

Wir wollen, dass alle Menschen in Bremerhaven gleichermaßen sicher und gewaltfrei leben können – unabhängig von ihrem Geschlecht. Daher setzen wir uns ein für einen Abbau von geschlechtsspezifischer Gewalt: Dort, wo kommunale Zuständigkeit dies erlaubt, fördern wir den weiteren Ausbau und eine gesicherte finanzielle sowie personelle Ausstattung von Frauenhäusern, Beratungsstellen bei Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie eine konsequente und zügige Umsetzung des Landesaktionsplans Istanbul-Konvention.

Ortspolizeibehörde ist die bürgernahe Polizei

Unsere Ortspolizeibehörde ist als einzige kommunale Polizei der Bundesrepublik der Prototyp einer bürgernahen Polizei. Wir sprechen uns für einen Übergang der Inspektion Bremerhaven der Polizei Bremen zur Ortspolizeibehörde aus. Damit kann die Polizei in Bremerhaven, mit Ausnahme der Bundespolizei, von einer Behörde gesteuert werden. Wir befürworten die Einrichtung einer Sicherheitspartnerschaft mit der Bundespolizei und der Polizei Bremen. In Zukunft soll ein weiterer Schwerpunkt auf der Verfolgung von Wirtschafts- und Cyber-Kriminalität liegen.

Wir befürworten die Entkriminalisierung von Cannabis. Die polizeiliche Alltagsarbeit möchten wir mit zusätzlichen Tarifangestellten entlasten. Die Streifenwagen statten wir mit Tablets aus, damit bereits am Einsatzort die Dokumentation beginnen kann. Den Einsatz von Tasern werden wir weiter kritisch begleiten. Einen freiwilligen Polizeidienst (Bürgerwehren) lehnen wir ausdrücklich ab.

Effektiv und interkulturell die Bürgerrechte wahren

Eine bürgernahe Polizei soll auch die Vielfalt der Bevölkerung in Bremerhaven widerspiegeln. Sprachkompetenz und interkulturelle Sensibilität wollen wir durch Weiterbildungen sichern. Dazu gehört auch, Vorgehensweisen laufend kritisch zu hinterfragen und eine moderne Fehlerkultur zu etablieren. Wir wollen eine unabhängige Kommission schaffen, die Vorwürfen von Übergriffen durch Polizeibeamt:innen nachgehen soll. Dies schützt auch die Polizei vor Vorwürfen und stärkt die Akzeptanz.

Es fehlt eine effektive parlamentarische Kontrolle über die Ortspolizeibehörde. Wir wollen den zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung deutlich stärken. Die zunehmende Gewalt gegen Helfer:innen muss konsequent verfolgt und bestraft werden. Die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung wollen wir ausweiten.

Der Außendienst des Bürger- und Ordnungsamtes hat sich bewährt. Wir wollen ihn weiter professionalisieren und die Beschäftigten weiter qualifizieren. Wir möchten ihn künftig an der Ausbildung, wie sie für die Stadtpolizei Frankfurt/Main entwickelt wurde, ausrichten. In Zukunft soll der Außendienst seine Arbeit auch auf die städtischen Parks ausdehnen, etwa bei Müllproblemen, unerlaubtem Grillen oder der Einhaltung des Jugendschutzes.

Feuerwehren in Bremerhaven modern aufstellen

Die Feuerwehr Bremerhaven muss in der Lage sein, jederzeit schnelle und professionelle Hilfe leisten zu können. Deswegen muss die Seestadt auf ein Drei-Wachen-Konzept umstellen. Allein von der zentralen Feuerwache an der Hexenbrücke aus kann das Schutzziel, in 95 Prozent des Stadtgebietes mit zehn Feuerwehrkräften innerhalb von acht Minuten helfen zu können, nicht eingehalten werden. In den nächsten vier Jahren müssen daher die Wachen Nord und Süd eröffnet werden. Nur so kann auch für die Luneplate im Süden und

das Nordende des Containerterminals ausreichender Schutz bereitgestellt werden.

Der Brandschutz- und der Rettungsmittelbedarfsplan sind fortzuschreiben. Hierbei ist auch der Hafentunnel einzubeziehen, der als Einröhrentunnel mit einem hohen LKW-Anteil ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellt. Die Feuerwehr muss einen Sonderplan zu Einsatzsituationen im Tunnel erarbeiten. Eventuell muss entsprechende Feuerwehrtechnik angeschafft werden.

Im Bereich der medizinischen Notfallversorgung ist die Einrichtung eines Luftrettungsstandorts im Rahmen des Versorgungsauftrags, auch in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, zu prüfen. Hierzu muss konkret der Kontakt mit dem zweiten Betreiber des Luftrettungsstandorts in Bremen aufgenommen werden.

Den in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Bereich des technischen Katastrophenschutzes wollen wir neu aufstellen. Extremwetterereignisse werden durch den Klimawandel häufiger und stärker als in der Vergangenheit. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Durch den Aufbau des Warnsirenenetzes sind erste Schritte für eine effektive Warnung der Bevölkerung gemacht. Die Neufassung von Katastrophenschutzplänen ist ebenso notwendig wie die Aktualisierung der bestehenden Pläne. Gleichzeitig wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass im Ernstfall deutlich mehr Helfende eingesetzt werden können als bislang.

Freiwillige Feuerwehren und Ehrenamtliche in der Stadt stärken

Das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren begrüßen wir ganz besonders. Sie benötigen eine moderne Ausstattung. Wir wollen die Möglichkeit prüfen, je eine weitere Freiwillige Feuerwehr im Norden und Süden der Stadt zu gründen. Weiterhin muss die Stärkung der ehrenamtlichen Leistungserbringer im Rahmen des technischen Katastrophenschutzes erfolgen. Konkret sind hier das THW und die DLRG zu nennen, deren Leistungsvermögen essenzieller Bestandteil des Bevölkerungsschutzes ist. Dies gilt ebenso für DRK, Johanniter und Malteser im Bereich des gesundheitlichen Katastrophenschutzes.

Zusammenarbeit intensivieren

Die Zusammenarbeit auf der Weser mit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und der Marine ist zu intensivieren. Im Zuge der Klimaanpassungsstrategie wollen wir den Plan zur Deichverteidigung überarbeiten. Ziel ist es, für die Deichverteidigung mobilisieren zu können. Die gemeinsame Leitstelle mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz hat sich bewährt. Einer Integration der Stadt Cuxhaven stehen wir offen gegenüber. Die Zusammenarbeit Bremerhavens mit seinen Nachbargemeinden muss weiter intensiviert werden und um eine enge Kooperation mit den Strukturen im angrenzenden niedersächsischen Raum ergänzt werden. Hier können wir Doppelstrukturen vermeiden und eine umfangreiche und sinnvolle Unterstützung auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten umsetzen.

Justizstandort Bremerhaven stärken

Eine gute und funktionierende Justiz ist ein wichtiger Baustein der öffentlichen Sicherheit. Der Standort Bremerhaven muss daher in Zusammenarbeit mit den Bediensteten und der Anwaltschaft gestärkt werden. Dabei muss die Justiz auch in unserer Stadt bürgernah sein: Der Weg nach Bremen muss die Ausnahme sein. Die Strafkammer beim Amtsgericht hat sich in den letzten 40 Jahren ebenso bewährt, wie die beiden Kammern des Arbeitsgerichtes. Eine große Strafkammer muss daher wieder zurück nach Bremerhaven abgeordnet werden. Es ist insbesondere bei großen Verfahren sicher zu stellen, dass die Verhandlungen in der Seestadt stattfinden können.

Eine Zivilkammer des Landgerichtes muss ihren Sitz dauerhaft in Bremerhaven haben. Die Anzahl der Stellen für Rechtspfleger:innen, insbesondere bei der Zweigstelle des Arbeitsgerichtes, muss erhöht werden. Dies reduziert auch die Bearbeitungszeiten. Wir treten für eine stärkere Zusammenarbeit der bremischen mit der niedersächsischen Justiz am Standort Bremerhaven ein.

Wir wollen die Landesverfassung, insbesondere den umfangreichen Grundrechtekatalog, für alle Bürger:innen einklagbar machen. Wie in anderen Bundesländern sollen sich auch Bremerhavener:innen und Bremer:innen mit Verfassungsbeschwerden an das Landesverfassungsgericht, den Staatsgerichtshof, wenden können. Zukünftig soll der Staatsgerichtshof bei Zweifelsfragen über die Auslegung der Stadtverfassung und anderer stadtrechtlicher Fragen sowie bei der

Frage, wie städtisches Recht mit höherrangigem Recht vereinbar ist, zuständig sein. Teile der Stadtverordnetenversammlung sollen ihn in solchen Sachen anrufen können.

Deiche schützen alle Menschen in Bremerhaven

Ein Bollwerk von Deichen und Befestigungen schützt unsere Stadt vor den Gefahren der Nordsee. Die Unterhaltung der Küstenschutzbauwerke wird durch einen Deichbeitrag finanziert. Bisher wird dieser Beitrag von den Eigentümer:innen aller Grundstücke erhoben, die aufgrund ihrer Lage vor Überflutungen geschützt werden. Da im Katastrophenfall ganz Bremerhaven betroffen sein würde, aber auch zum Abbau vom Bürokratie, möchten wir, dass dieser Beitrag in Zukunft von allen Grundstückseigentümer:innen in Bremerhaven erhoben wird.

Digitalisierung

Digitalisierung ist ein wichtiger Indikator für den Fortschritt. Sie bietet viele Möglichkeiten, Vorgänge zu beschleunigen und zu verschlanken. Neue Technologien sind unabdingbar, um Wirtschaft und Betriebe in unserer Stadt konkurrenzfähig zu halten, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Gerade die Pandemie hat die Entwicklung spürbar beschleunigt. Home-Office, Videokonferenzen und Online-Banking sind inzwischen Teil unserer Wirklichkeit und bleiben es. Die Menschen fragen sich zurecht, warum sie wenig von der versprochenen Digitalisierung merken. Das möchten wir endlich ändern, denn der Zugang zur digitalen Infrastruktur ist ein Grundrecht.

Vollständige Digitalisierung und Vernetzung der Verwaltung

Die Bremerhavener Behörden samt der städtischen Eigenbetriebe, sowie ihre Pendanten auf Landesebene, sind so verzahnt wie nie. Die Digitalisierung bietet Chancen, die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten und Abläufe zu verbessern. Wir möchten diese Strukturen schaffen. Nach der Erhebung müssen alle kommunalen Datensätze digitalisiert und in sinnvolle Formate überführt werden. Bestehende und künftige Datensätze sollen in einer verwaltungsübergreifenden Metadatenbank auch von Fachfremden auffindbar- und nutzbar sein. Hierbei sind Datenschutzbestimmungen einzuhalten.

Generell möchten wir, wenn möglich, auf „open-source“-Software und Formate zurückgreifen und die Datensätze möglichst nicht an externe Anbieter:innen auslagern. So lassen sich Abhängigkeiten vermeiden und die Daten-Interoperabilität steigern. Die von der Koordinierungsstelle für IT-Standards geschaffenen Standards sollen Berücksichtigung finden.

Für die Zukunft Bremerhavens ist es wichtig, die Medienkompetenz der Seestadt auf einem zeitgemäßen Niveau zu halten: Laufende Investitionen in Hardware, leistungsfähiges WLAN, Fachkräfte, die Geräte und interne Netze warten und bedienen können. Da die Digitalisierung alle Verwaltungsbereiche anhaltend vor neue Aufgaben stellt, fordern wir zur Bündelung der erforderlichen Maßnahmen eine kommunale Koordinierungsstelle.

IT-Strategie

Die Menschen in Bremerhaven müssen beim Kontakt mit der Verwaltung spürbar von der Digitalisierung profitieren, ebenso wie die Beschäftigten hiervon profitieren müssen. Dafür wollen wir, aufbauend auf der IT-Strategie und zusammen mit dem Land, weitere Umsetzungskonzepte erarbeiten und anwenden: Termine vereinbaren, Anträge einreichen, Einsprüche einlegen, Genehmigungen beantragen, bezahlen. All dies muss einfach, verständlich und von zu Hause aus möglich sein.

Für den Zugang zum Netz möchten wir die Breitbandverbindungen ausbauen und ein flächendeckendes 5G-Netz in Bremerhaven schaffen. Wir möchten den Menschen in Bremerhaven den Zugang zum Internet via freiem WLAN dort ermöglichen, wo sie sich aufhalten: In der Innenstadt, in den Stadtteilzentren, in den Parks, den Bahnhöfen, den Havenwelten und im Schaufenster Fischereihafen.

Mitgestalten und mitbestimmen durch Digitalisierung

Egal ob es um wilden Müll, Schlaglöcher, defekte Ampelanlagen, Falschparker:innen, blockierte Rad- und Gehwege oder Gefahrenstellen geht, wir wollen neue Technologien nutzen, damit Menschen zur Weiterentwicklung der Stadt beitragen können. Gleiches gilt für den Einzelhandel und Unternehmen.

Das Beschwerdemanagement soll um ein Rückmeldesystem (Ticket-system) erweitert werden, damit die Bürger:innen den Bearbeitungs-

status ihrer Vorschläge nachverfolgen können. Außerdem soll eine Bürgerbeteiligung abseits von Beschwerden möglich sein, beispielsweise als eine Ideensammlung von Anregungen.

Darüber hinaus wollen wir den Menschen eine IT-Qualifizierung anbieten. Wir müssen verhindern, dass die Gesellschaft in zwei Teile auseinanderfällt und zwar in die mit und die ohne ausreichende Medienkompetenz.

Digitalisierung und Klimaschutz

Die Digitalisierung kann uns helfen, Energie zu sparen und so unseren CO₂-Ausstoß zu verringern. Eine intelligente Büro-, Straßen- und Gebäudebeleuchtung, die bedarfsgerechte Steuerung von Ampelanlagen und ein smarterer Verkehr sind möglich. Auch die Heizungen in den Räumen der Verwaltung lassen sich so steuern. Hierfür werden Umrüstungen erforderlich sein. Weiterhin bestehen Chancen für den ÖPNV. Über ein Anmeldungssystem können Nutzer:innen bereits im Voraus ihren Start- und Zielpunkt nennen. So werden bedarfsgerechte Fahrzeugeinsätze und komfortable Punkt-zu-Punkt Verbindungen für die Fahrgäste möglich. Gleichzeitig können Anschlüsse per Car- oder Bike-Sharing zur Verfügung gestellt werden.

Verteidigung der digitalen Freiheitsrechte

Das Recht auf Privatsphäre muss auch in der digitalen Welt gewahrt bleiben. Als Stadt müssen wir darauf achten, was mit unseren Daten passiert. Deshalb muss die Verwaltung Verträge mit privaten Firmen daraufhin überprüfen, ob sie den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung entsprechen.

Kultur

Kulturinstitutionen sichern

Kunst und Kultur sind Ausweis einer vielfältigen, kreativen Stadt und eine wichtige Säule des urbanen Lebens. Sie holen Unbekanntes nah heran und werfen auf Bekanntes einen neuen Blick. Die Corona-Pandemie hat zu einem regelrechten Kulturschock in Bremerhaven geführt. Leere beziehungsweise geschlossene Häuser, abgesagte Konzerte und Veranstaltungen haben alle kulturellen Einrichtungen und viele kleinere Initiativen und Solokünstler:innen schwer getroffen.

Nach den schweren Jahren der Corona-Beschränkungen müssen wir diese vielfältige Kulturlandschaft sichern und in Teilen wiederaufbauen.

Bremerhaven hat gleich mehrere Kultureinrichtungen, die weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt sind, wie das Stadttheater, das Historische Museum, das Kunstmuseum oder das Theater im Fischerhafen. Große Bedeutung für die gesellschaftliche und politische Bildung haben die Volkshochschule, die Stadtbibliothek oder das Auswandererhaus und das Klimahaus, die mit ihren Fragestellungen zu Migration und Klimaveränderung zentrale Themen unserer Zeit vermitteln. Diese tragenden Säulen der Bremerhavener Kulturlandschaft wollen wir erhalten und bei ihrer Weiterentwicklung unterstützen.

Daneben wollen wir weitere unterschiedliche Kultureinrichtungen in Bremerhaven fördern. Wir könnten uns einen Kulturbahnhof Lehe, eine Stadtkulturbibliothek in der Innenstadt und ein gefördertes Kulturzentrum (wie das "Zucker" in Bremen) für die freie und kreative Kulturszene vorstellen. Bremerhaven soll ein Ort sein, wo Künstler:innen gerne leben und arbeiten.

Kultur braucht eine verlässliche finanzielle Förderung. Wir wollen mehr Einnahmen aus der Citytax verbindlich in die Bremerhavener Kultureinrichtungen investieren. Außerdem werden wir sowohl mit den Umlandgemeinden als auch mit dem Land Bremen über Beteiligungen an den Kosten für die Kultur in der Seestadt verhandeln. Zudem wird der von uns geforderte Seestadtpass kulturelle Einrichtungen letztlich auch finanziell fördern.

Freie Kulturszene

In Bremerhaven ist es nicht leicht, als Kulturbetrieb Fuß zu fassen und Szenen abseits vom Mainstream aufzubauen. Wir wollen solchen kulturellen Initiativen Raum und Ressourcen bieten für kreative Freiheiten – um zu experimentieren, widerständig zu sein und neue Perspektiven zu entwickeln. Darum wollen wir die freie Szene stärken und die Gründungen von experimentellen Initiativen fördern. Ausprobieren und auch Scheitern muss erlaubt sein, um Räume für Veränderung zu öffnen und Lust auf lebendige Quartiere zu machen.

Selbst organisieren kann die Stadt solche Prozesse nicht. Aber sie kann Rahmenbedingungen schaffen oder verbessern. Dies wollen wir

durch einen Mix an Strukturmitteln und institutioneller Förderung unterstützen. Unsere Forderung nach einem Landesprogramm Kultur zielt gerade auch auf diesen Bereich.

Vielfältige Kultur

Kulturelle Teilhabe für alle Bremerhavener:innen ist uns eine Herzensangelegenheit. Sie ist notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Kultur muss mit unterschiedlichen Angeboten für alle Menschen zugänglich sein. Deshalb fordern wir eine breitere Gestaltung des Kulturprogramms und eine Dezentralisierung. Ein wohnortnahes Programm ist besonders für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und begrenzten finanziellen Möglichkeiten wichtig. Wanderkonzerte, die in den Sommermonaten wöchentlich in einem anderen Stadtteil stattfinden oder ein Fest, das jährlich umherzieht, wären hier erste Ansätze. Den Theatern könnten mehr Spielmöglichkeiten im Stadtgebiet angeboten werden, was im Sommer auch eine touristische Attraktion wäre.

Viele junge Menschen in Bremerhaven werden vom etablierten Kulturprogramm kaum erreicht. Deshalb wollen wir, dass sich Veranstaltungen, die durch städtische Gelder gefördert werden, stärker auch an ein junges Publikum wenden. Wir sehen in der Gastronomie wichtige Kulturorte. Deshalb wollen wir die Kneipen-Szene stärken und eine Club-Szene etablieren. Wir unterstützen Initiativen, neue Eventlocations in Bremerhaven zu schaffen. Hier gibt es sowohl spannende neue Projekte als auch attraktive Orte mit großer Tradition. Ob Studentencafés oder ein Musikclub mit abwechslungsreichem Programm innerhalb der Woche und Musikveranstaltungen am Wochenende. Außerdem sollten mehr Außenflächen in der Alten Bürger geschaffen werden. Der Magistrat muss hier eine Gründerunterstützung entwickeln, wie es bei der Wirtschaftsförderung üblich ist.

Kulturelle Veranstaltungen müssen möglichst barrierefrei sein. Wir wollen gemeinsam mit Veranstalter:innen daran arbeiten, dass Kultur für Menschen mit Einschränkungen leichter zugänglich wird. Konzerte müssen Möglichkeiten für schwerhörige Menschen anbieten. Öffentliche Veranstaltungen sollten gut erreichbare barrierefreie Toiletten anbieten.

Gemeinsam in die Zukunft blicken

Unsere Kandidat:innen für die Stadtverordnetenversammlung

1. Petra Coordes
2. Claudius Kaminiarz
3. Elena Schiller
4. Claas Schott
5. Bettina Zeeb
6. Stephan Lücke
7. Miriam Giesecking
8. Michael Labetzke
9. Dorothea Fensak
10. Christian Peters
11. Birgit Kreiensiek
12. Ulf Eversberg
13. Wiebke Peters
14. Nils Mikulska
15. Marnie Knorr
16. Ralf Ekrowski
17. Herbert Winter
18. Tobias Kroug
19. Daniel de Oliveira Soares
20. Kevin Gullmann

